

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 13. November 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Wie's gemacht wird!

Zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung verwendet man heutzutage mit Vorliebe wissenschaftliche Gutachten. Jemand ein kapitalistischer Unternehmerkreis hat ein Interesse daran, seine Erzeugnisse dem Publikum zu empfehlen oder gar die Befehgebung in den Dienst der Propaganda für diese Produkte zu stellen — alsbald erscheinen in Zeitungen und Zeitschriften außerordentlich sachliche Aufsätze von namhaften Autoritäten, die aus dem Bronnen tiefer Gelehrsamkeit und lauterster Ueberzeugung für eine Meinung agitieren, die natürlich ganz zufälligerweise mit dem Vorteil gewisser Unternehmer zusammenfällt.

Die aber bisweilen der Zufall von freigelegten Geschäftsleuten dirigiert wird, dafür können wir im Nachfolgenden ein sehr erbauliches Beispiel mitteilen:

Ein bekannter socialwissenschaftlicher Schriftsteller erhielt von der Firma Robert Egner, einem Institut für kaufmännische und industrielle Propaganda, dessen Reklamenotizen man nicht selten im redaktionellen Teil Berliner Blätter begegnet, den folgenden Brief:

„Ich gestatte mir die ergebene Anfrage, ob Sie bereit wären für das Ihnen zugängliche Organ einen Aufsatz über den Zucker als Nahrungsmittel zu schreiben. Der Aufsatz würde eine Warnung vor den künstlichen Süßstoffen zu enthalten haben, deren Nährwertlosigkeit und event. Gesundheitschädlichkeit hervorzuheben wäre. Sofern Sie auf dem Standpunkt stehen, daß wirksamere gesetzliche Vorkehrungen erforderlich sind, um die Nahrungsmittel-Verfälschung, die zur Zeit mit Saccharin getrieben wird, zu unterbinden, würde ich Sie bitten, einen bezüglichen Wunsch in dem Aufsatz mit zum Ausdruck zu bringen.“

Ich würde Ihnen für den Aufsatz ein die normalen Sätze erheblich übersteigendes Honorar zur Verfügung stellen können, sofern es Ihnen gelingt, denselben in dem Blatte, für das Sie ständig arbeiten, zum Ausdruck zu bringen. Zudem ich Sie zunächst bitte, diese ergebene Anfrage zunächst vertraulich behandeln zu wollen, gelinde ich etc.

Der Sinn dieses Briefes war von erstaunlicher Ungewissenheit. Der Grund dieses Bedürfnisses, über die Segnungen des Zuckers das Volk aufzuklären, lag klar zu Tage. Diese Reklamefirma hatte von der Zuckerindustrie einen Fonds zur Verfügung gestellt erhalten, um Stimmung für eine gesetzgeberische Beschränkung der Zuckerjurrogate zu machen. Diese Stimmung sollte auf „wissenschaftlichem“ Wege erzeugt werden, also wandte sich Herr Robert Egner mit klingendem Gelde an klingende Namen. Männern, die als Mitarbeiter von Preisorganen leicht den Weg in die Öffentlichkeit finden, wurde ein anormal hohes Honorar versprochen, sofern sie Artikel gegen die Zuckerjurrogate in die ihnen zugänglichen Organe zu schmuggeln verstanden. Welche Ueberzeugung für dieses anormale Honorar zu liefern wäre, wurde der Bequemlichkeit halber und um Firtümer zu vermeiden, gleich mit angegeben.

Wenn ein Schriftsteller aus eigenem Antrieb seiner Ansicht gemäß einen Aufsatz über den Nutzen des Zuckers und die Gefährlichkeit des Saccharins veröffentlicht und dafür von dem Verlag des Blattes ein Honorar empfängt, so ist das ein durchaus anständiges Verfahren. Wenn ihm aber zugemutet wird, einen von dritter interessierter Seite bestellten und über den Preis bezahlten Artikel in ein ihm zugängliches Blatt zu lancieren, so ist das ein brutaler Bestechungsversuch, so bedeutet das die Zumutung an den Autor, um eines hohen Honorars willen das Vertrauen des Blattes und des Publikums grüßlich zu täuschen. Und dieses Anstößen wird dadurch nicht weniger schimpflich, wenn die honorierte Ueberzeugung mit der wirklichen Ueberzeugung übereinstimmt. Höchstens das Reichthum des Innern würde in einer solchen Beeinflussung nichts Entwürdigendes sehen — jeder anständige Schriftsteller empfindet eine derartige Offerte als schwere Beleidigung.

Der erwähnte Autor antwortete denn auch der Firma Egner, daß er sich angesichts der groben Beleidigung nicht für verpflichtet halte, die Angelegenheit vertraulich zu behandeln.

Die Wirkung dieser Epistel war bei der Firma — ein Ausbruch sittlicher Entrüstung und zugleich ein kindischer Versuch, den Schriftsteller durch Drohungen einzuschüchtern, damit er es nicht riskierte, den schmählischen Handel an die Öffentlichkeit zu bringen. Zugleich aber trant Herr Robert Egner in seinem Weger und seiner Angst unvorsichtig weitere Geschäftsintimitäten aus. Herr Robert Egner schrieb diesmal persönlich die Antwort; sie lautet:

„Auf Ihr Schreiben zu antworten kann mich nur der Umstand veranlassen, daß Sie sich beleidigt glauben. Ich habe bisher nicht gewußt, daß eine höfliche Anfrage an einen Schriftsteller, ob er bereit wäre, sich im Sinne einer Ueberzeugung zu äußern, für die eine Reihe bedeutender Gelehrter und angesehenen Politiker eintreten, eine Beleidigung ist. Daß mit solcher Anfrage ein Honorarangebot verknüpft ist, erscheint mir selbstverständlich, und daß ich in die Lage gesetzt bin, hohe Honorare anzubieten, erfreulich. Ein wirklich gleichlautendes Schreiben, wie an Sie, ist an etwa 10 Autoren gegangen, die mir als Mitarbeiter angesehenen illustrierter Journale bezeichnet wurden und unter denen sich eine Reihe von Herren befinden, die gleich Ihnen durch ihren literarischen und wissenschaftlichen Ruf und ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Position

gegen den Verdacht geschützt sind, daß sie etwa durch ein Honorar von 100 M. oder 500 M. zu „bestechen“ wären. Einige dieser Herren sind mit mir in Verbindung getreten und ich glaube, daß sie, wie auch alle sonstigen Schriftsteller, Aerzte und Künstler, die im Interesse der Zuckerindustrie thätig sind und dafür angemessen honoriert wurden, es als eine schwere Beleidigung empfinden würden, wenn man sie für „bestochen“ erklären wollte.“

Ich hoffe, daß Sie Ihre mich beleidigende Unterstellung zurücknehmen werden, da ich mir andernfalls in gerichtlichem Wege die Bestätigung verschaffen möchte, daß bei sinnemäher Auslegung in meinem Schreiben ein Bestechungsversuch nicht gefunden werden kann.“

Mit einem Geschäftsmann der Reklame über schriftstellerische Moral zu diskutieren, würde zwecklos sein. Wir folgen daher lieber der Meinung des Herrn Egner zum Gerichtlichen, nur da läßt sich die an den Autor gestellte Zumutung sehr leicht charakterisieren. Da man einem Schriftsteller oder Gelehrten zum mindesten die Beamtenehre zubilligen darf, so würde es sich, vorausgesetzt, daß nur die wirklichen Ueberzeugungen durch das hohe Honorar zur Offenbarung angeregt worden sind, um jenes Vergehen handeln, das das Strafgesetzbuch im § 331 ahndet: Annahme von Geschenken oder Vorteilen für eine an sich nicht pflichtwidrige Handlung.

Man sieht: die Industrie versteht auf vielerlei Wegen zu agitieren. Es braucht nicht immer Posadowsky und Woodke zu sein, sie nimmt auch mit Herrn Egner vorlieb und den durch seine Vermittelung bezahlten „Autoritäten“, um die Befehgebung in einem erwünschten Sinne zu beeinflussen.

Wären wir böshaft, so hätten wir mit der Veröffentlichung dieser Zeugnisse kapitalistischer Moral, die sich alles zu kaufen vermag, erwartet, bis die zehn hochangesehenen Autoritäten ihre Zuckerschwärmerie in illustrierten Blättern kundgethan haben würden. So aber haben wir vielmehr das kollegiale Bedauern, die „Namen“ vor den Lodungen des Reklame-Instituts zu warnen, einzuweichen sich allzu überzeugt für den Zucker zu begeistern. Ein Artikel allerdings ist bereits erschienen, der genau nach dem Rezept Robert Egners hergestellt ist.

In der „Medizinischen Woche“ veröffentlicht der Nahrungsmittel-Chemiker Dr. Lebbin, gerichtlicher Sachverständiger in Berlin, einen Artikel über den „Zucker als Nahrungs- und Genussmittel“. Herr Robert Egner und die von ihm geförderte Zuckerindustrie dürften an diesem Aufsatz ihre helle Freude haben. Da wird genau nach der hoch honorierten Weisung geigt, daß der Zucker nicht allein Genussmittel, vielmehr ein unschätzbare Nahrungsmittel ist und andererseits, daß das Saccharin und seine Konkurrenten nicht nur keine Ersatzmittel für Zucker sind, da sie nur den Genusswert, nicht den Nährwert des Zuckers zu ersetzen vermögen, sondern vielmehr geeignet sind, den Nährwert anderer Nahrungsmittel zu beeinträchtigen.“

Ganz besonders auffällig ist, daß in diesem Aufsatz eines gerichtlichen Sachverständigen nicht nur auf die Nährwertlosigkeit des Saccharins hingewiesen wird, sondern auch — genau wie Robert Egner meinte — auf die Schädlichkeit; diese Surrogate sollen nämlich auch verhindern, „daß die Ausnutzung der anderen Nahrungsmittel ebenso vollständig erfolgt, wie wenn die Süßstoffe in der Nahrung fehlen“. Dr. Lebbin wird angesichts solcher fatalen Unklarheit mit Egnerischen Anregungen gut thun, öffentlich zu erklären, daß er nicht von dem Institut für industrielle Propaganda ein unnormal hohes Honorar empfangen habe.

Die Socialdemokratie hat keinen Anlaß, für das Saccharin oder die Interessen der Saccharin-Industrie einzutreten. Und wir zweifeln auch nicht, daß die Fabrikanten dieser Surrogate sich ähnlicher Propagandamittel bedienen wie die Zuckerindustrie.

Für uns ist dieser Fall deshalb bedeutsam, weil er wieder einmal an einem unblutigen Beispiel zeigt, wie in der kapitalistischen Gesellschaft Meinung gemacht wird. Die Fälschung der geistigen Lebensmittel, das künstliche Surrogat der öffentlichen Meinung ist sicherlich für die Gesundheit des Volks gefährlicher als alle Süßstoffe.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 12. November.

Die Medaille mit dem Drachenbilde.

Das absolutistische System, das gegenwärtig im Deutschen Reich herrscht, ist nicht der porzellanische Absolutismus der vormärzlichen Zeit. Nach seinem historischen Wesen hat Engels es einmal mit den Worten geschildert: „Es kommen Perioden vor, wo die kämpfenden Klassen einander so nahe das Gleichgewicht halten, daß die Staatsgewalt als scheinbare Vermittlerin momentan eine gewisse Selbständigkeit gegenüber beiden erhält. So die absolute Monarchie des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, die Adel und Bürgerthum gegen einander balancierte; so der Bonapartismus des ersten und namentlich des zweiten französischen Kaiserreichs, der das Proletariat gegen die Bourgeoisie und die Bourgeoisie gegen das Proletariat auspielte. Die neueste Leistung in dieser Art ist das neue Deutsche Reich Bismarckscher Nation: hier werden Kapitalisten und Arbeiter gegen einander balanciert und gleichmäßig geprellt zum Besten der verkommenen preussischen Kräfte.“ So Engels vor etwa fünfzehn Jahren, und seitdem hat ihm die historische Entwicklung bestätigt, daß sich das zweite Kaiserreich noch so zu sagen halbwegs propädisch ausnimmt gegenüber dem „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“.

Gemeinsam ist ihnen die Pflege des militaristischen Geistes, ohne den der moderne Absolutismus überhaupt nicht bestehen kann. Aber man braucht nur an den Krimitrieg zu erinnern, der gegen die europäische Hegemonie Russlands geführt wurde, um sich sofort zu sagen, daß die deutsche Auflage des Bonapartismus sich zu solchen Leistungen niemals aufschwingen wird. Dafür ist sie um so eifriger, ihr Vorbild nachzuahmen auf den Gebieten, wo der zweite und falsche Bonaparte nur seine letzten und unsichersten Nothhelfer suchte: in den überseeischen Expeditionen. Jedoch läßt sich nicht behaupten, daß auch nur in diesen bescheidenen Grenzen die Kopie recht gelingen will. Es ist wahr: wenn der preussische Hofgeschichtsschreiber Treitschke in seinen Aufsätzen über das zweite Kaiserreich sagt, daß „die hunnischen Plünderer des großen Tempels der Chinesen ein neues Reich hinzugefügt hätten zu jenem Lorbeerkränze, dessen Blätter die Namen Speyer, Freiburg, Worms und Heidenberga delecta tragen“, so mag man auch durch die deutschen Soldatenbriefe aus China an die Verwüstung der Palz durch Ludwig XIV. General Melac erinnert werden, und vielleicht — wer weiß? — werden einst die Chinesen ihren Hunderten deutsche Namen beilegen, wie heute noch so viele deutsche Hunde auf den Namen Melac herumlaufen. Aber so viel ist auch richtig, daß sich das zweite Kaiserreich niemals offen zur Hyphenpolitik bekannt hat: es that wenigstens so, als ob es auch mit seiner chinesischen Expedition an der Spitze der Zivilisation marschierte und übrigens ist durchaus nicht zu bestreiten, daß es dabei rationablere Zwecke verfolgt hat, als jene Chinapolitik, die mit der Pachtung Klauwshous begann.

Hören wir indessen Treitschke weiter. Er schreibt: „Die militarischen Speltalestüde des Kaiserreichs wurden aufgelöst mit einer theatralischen Prahlerei, einer Roheit des Gefühls, die an das alte Rom erinnert. Als die von Sebastopol heimkehrenden Truppen an der Vendomesäule vorbeidestierten, da schritten die bannherzigen Schwefelherren, die Jammeregestalten der Verwundeten vor den Regimentern einher; die Soldaten alle im schmutzigen Feldzuge, auf daß die wilde Majestät des Kriegs, die Glorie des Soldatenstandes den blasierten Hauptstädtern recht anschaulich werde... Das Kreuz der Ehrenlegion war auch dem gemeinen Soldaten erreichbar, geringe Verdienste wurden durch die neue Militämedaille bejehnt. Ihre jeden Feldzug ward eine Denkmünze gestiftet, auch an die militarische Promenade nach Peking erinnerte die Medaille mit dem Drachenbilde.“ Selbst nach dieser gewiß nicht wohlwollenden Schilderung erscheint das zweite Kaiserreich noch immer als ein unerreichtes Vorbild für das „Reich der Gottesfurcht und der frommen Sitte“. Es mochte seine militarischen Speltalestüde mit theatralischer Prahlerei aufführen, aber es wartete wenigstens damit bis nach dem Siege; so viel Arges an „theatralischer Prahlerei“ den Bonapartistischen Marschällen mit vollem Recht nachgesagt werden mag, das hat keiner von ihnen jemals fertig gebracht, auf Vorschuh-Vorbeerkrone zu reisen, wie der Weltmarschall Waldersee. Und um gar der Gedanke, daß der Orden pour le mérite oder auch nur der rote Adler vierter Güte mit Schwertern dem gemeinen Soldaten erreichbar sein könnte. Ueber der hohen Möglichkeit ginge der deutsche Militarismus schon aus dem Reine.

Jedoch in einem Punkte bemüht er sich wenigstens redlich, das zweite Kaiserreich geistig nachzuahmen, und zwar dadurch, daß er in der ersten Abtheilung 70 000 M. für eine „Medaille mit dem Drachenbilde“ forderte. Sollte ihm diese Forderung wirklich von den bürgerlichen Parteien gestrichen werden? Das hieße einen edlen Ehrgeiz frivol entmannen, jedoch wir werden ja sehen.

Der Ausschuh der Christlichen Gewerkschaften und die Bischöfe.

In dem Diktenscheiden der preussischen Bischöfe und dem Erlaß des Erzbischofs von Freiburg nahm am Donnerstag in Köln der Ausschuh des Gesamtverbandes Christlicher Gewerkschaften Deutschlands Stellung. Man beschloß die folgende Erklärung:

„Die Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften, die mit großer Mühe und unter großen Opfern jene im Leben gerufen haben, müssen sich gegen den Ausdruck in dem Erlaß des Herrn Erzbischofs von Freiburg, daß ihnen das Wort „Christlich“ nur leerer Schall und ein Aushängeschild sei und daß sie nur für die Socialdemokratie jene Kreise organisierten, die einstweilen noch auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bleiben wollten, auf das entschiedenste verwahren.“

Diese Annahme, wie sie in dem fraglichen Erlaß und auch in einem kleinen, allerdings nicht maßgebenden Teile der katholischen Presse zum Ausdruck gekommen ist, ist durch keinerlei Thatsachen begründet und eine unverdiente Kränkung der bisher in der Christlichen Gewerkschaftsbewegung thätigen Mitglieder und Freunde des Arbeiterstandes.

Wir erklären es als selbstverständlich und mit Nachdruck, daß wir nach wie vor in der Durchführung der gewerkschaftlichen Ziele die Christlichen Grundzüge als Richtschnur anerkennen. Eine Vereinigung aller Arbeiter der verschiedenen Berufe in einheitlichen Organisationen ist allerdings das zu erstrebende Ziel; doch muß verlangt werden, daß solche Verbände in ihrer Wirksamkeit den Christlichen Grundzügen nicht widersprechen.“

Da unter den obwaltenden Verhältnissen in absehbarer Zeit solche Gewerkschaften ausgeschlossen erscheinen, halten wir an dem auf dem ersten Kongreß der Christlichen Gewerkschaften zu Mainz aufgestellten Programm fest, nach welchem unsere Christlichen Gewerkschaften interkonfessionell und politisch unparteilich auf Christlicher Grundlage bestehen sollen. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß, nachdem jetzt von „unständiger Seite die zu Tage getretenen Mißverständnisse

befehligt sind, der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften von keiner Seite fernhin mehr Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Die „Köln. Volks-Zeitung“ bemerkt dazu, daß sie erwartet hätte, der Ausschuss würde auch Stellung nehmen zu der neuesten Grund- gebung des Freiburger Erzbischofs. Befremdlich ist es allerdings, daß der Rückzug des Bischofs bei der Abfassung der Erklärung so gang außer Berücksichtigung blieb. Legten die Mitglieder des Aus- schusses auf die Verhinderung des Bischofs keinen Wert, halten sie den Rückzug nur für einen Scheinbaren, der angetreten wurde, um die katholische Arbeiterschaft zu beruhigen?

Der Ausschuss hat es nicht gewagt, die Konsequenzen der Debatten des Frankfurter Kongresses zu ziehen, sondern er hat sich auf den Boden des Rainzer, des ersten christlichen Gewerks- schaftskongresses gestellt. Das „christliche“ soll aufrecht erhalten werden, im übrigen sollen die Gewerkschaften interkonfessionell und politisch unparteiisch sein. Es würde und sehr leicht fallen, aus den Statuten der christlichen Gewerkschaften den Nachweis zu führen, daß diese nichts weniger als politisch unparteiisch sind. Auch wenn die katholischen Gewerkschaften wirklich inter- konfessionell sein wollen, werden sie ihre Statuten einer gründlichen Revision zu unterziehen haben.

Aber davon abgesehen: Was heißt es, bei Durchführung der gewerkschaftlichen Ziele die „christlichen Grundsätze als Richtschnur“ nehmen wollen? Herr Brüst, der Mitunterzeichner der Erklärung, hat ja den Streit der Bergleute am Brodberge durch- geführt. Die Bergleute wollten die christlichen Grundsätze hochhalten, indem sie sich ihre Feiertage, die sie von Alters her als solche begangen, nicht nehmen lassen wollten. Die Unternehmer pfiffen aber auf jene christlichen Grundsätze, für sie war und ist die Profitmaximierung der oberste Grundsatz.

Auf der andern Seite sind aber Demut, Zufriedenheit hohe christliche Grundsätze; nach welchen richten sich nun die Gewerks- schaften bei ihrem Vorgehen? Der Grundsatz und der Vorschriften, welche die gläubigen Christen befolgen müßten, sind so viele und einander so wider- sprechend, daß die Gewerkschaften, falls sie die christlichen Grundsätze als Richtschnur nehmen wollen, an diesen inneren Widersprüchen zu Grunde gehen müssen. Gewerkschaften sind wirtschaftliche Vereinigungen und können nur nach real- wirtschaftlichen Grundsätzen geleitet werden. —

Potemkinsche Kolonien.

Ein neues Urteil über den Gouverneur von Ostafrika, Herrn General v. Liebert, wird in dem eben erschienenen Heft 23 der „kolonialen Zeitschrift“ bekannt. Es stammt von einem früheren Sekretär der deutschen Kolonial-Gesellschaft und Plantagenbauer Weinede, der jetzt hier einen „Kolonialvertrag“ begründet hat und in ihm eine Kolonialpolitik-Serie herausgibt. Was ihn dazu veranlaßt hat, wissen wir nicht; wir kennen den Herrn nicht. Es steht nur fest, daß er das Bedürfnis gefühlt hat, den Ursachen der gegenwärtig in Ostafrika herrschenden wirtschaftlichen Stagnation nachzugehen und sie zu veröffentlichen. Da in diesen Tagen das allerdings anscheinend wieder dementierte Gerücht durch einzelne Zeitungen ging, sowohl Deutsch-Ost- wie Deutsch-Südwest-Afrika gelte in unsrer maßgebenden weltmachtpolitischen Kreisen nur noch als Lausobjekt, so gewinnt ja das Urteil einzelner Kenner über den Wert dieser unsrer viel gefeierten Kolonien natürlich besondere Beachtung. Und eben dieses Urteil geht über Deutsch-Ostafrika dahin, daß diese nicht angeblich wertvollste Kolonie besonders unter der weisen Fürsorge ihres letzten Gouverneurs, des Herrn v. Liebert, im Grunde nichts oder sehr wenig wert sei und das auch bleiben werde. Nach der „kolonialen Zeitschrift“ kommt Herr Weinede zu dem Urteil,

daß Herr v. Liebert das wirtschaftliche Maß eines Gouverneurs, das heutzutage notwendig geworden ist, nicht besitze und darum gänzlich verlagert habe. Hinsichtlich der einzelnen Teile des Liebertschen Programms bespricht Weinede zunächst, daß die Behauptung des Gouverneurs, in der ganzen Kolonie herrsche absoluter Friede, richtig sei, eine Behauptung, die augenscheinlich auf der Unkenntnis des Gouverneurs von dem Charakter des Regers beruhe. Des weiteren wendet sich Weinede gegen das Verwaltungsprinzip des Gouverneurs, der überall kostbare Stationen gründet, um zu herrschen, wo nichts zu beherrschen ist. Es ist daselbe, was Herr v. Liebert anders zum Vortritt macht; das lediglich für die oberflächliche Außenwelt berechnete System pompöser Verwaltungseinrichtungen, jene Vaue Potemkinscher Dörfer, die ja auch den englischen Konsul in Sansibar, den Tafelgenossen des Herrn v. Liebert, so getäuscht haben, daß er zu einem glanzvollen Bericht sich veranlaßt sah, der zufällig gleichzeitig mit Herrn v. Liebert in Deutschland auftraf. Weinede glaubt, daß die Kosten der pompösen Liebert- schen Verwaltung niemals, nicht einmal zum Teil, wieder herauskommen werden. Ueber die Entwicklungsmöglichkeit Deutsch-Ostafrikas gebe man sich ganz gewaltigen Täuschungen hin, die Produktion der Eingeborenen sei konstant geblieben, die Handelsbilanz außerst ungünstig schon seit Jahren, und der Staat werde immer größer. Die Hüttensteuer würde kaum die Kosten ihrer Eintreibung decken, und andre Hilfsquellen gäbe es nicht, die eine Steigerung des Staats rechtfertigten. Schließlich geht Weinede auf den so oft und so patheisch von Herrn v. Liebert, weil sonst seine Weisheit zu Ende ist, ausgestoßenen Ratschlag nach der Central- bahnen ein und kommt dabei zu einer geradezu ver- nichtenden Kritik der Centralbahn-Phrasen. Auch dieses Strohhalmchen wird Herrn v. Liebert entrisen.

So kommt fast säkularweise daselbe Urteil über unsre Kolonien aus den Kreisen unsrer „Kolonialpraktiker“ an die Öffentlichkeit, was die Socialdemokratie seit Anfang unfruchtbarer kolonialen Werra auszusprechen den Mut hatte. Uebrigens wird bei dieser Gelegen- heit bekannt, daß Herr von Liebert noch immer nicht seinen Angreifer und Enthälter, den Dr. Hans Wagner, gerichtlich belangt hat, wozu dieser sich bekanntlich ihm gegenüber selbst erboten hatte. —

Deutsches Reich.

Gegen den Doppelkartell soll sich der „Tägl. Rundschau“ zufolge Graf Witow erklären haben. Graf Potodowsky, so heißt es weiter, füge sich der vorgelegten Ansicht seines Ohehs, des Stanzlers. Ist das richtig, so wird man demnach in der agrarischen Presse lesen, Graf Potodowsky habe sich in der 12000 Mark-Affaire doch schwer kompromittiert! —

Ein Anti-Vändler-Bund, alias ein Handelsvertrags- Verein, ist am Sonntag unter mächtigem Lam-Lam von 300 „namhaften“ Vertretern des Industrie-, Handels- und Wesenkapitals gegründet worden. Wie der Name schon sagt, ist es Zweck des neuen Bundes, den hochschulzünftlichen Bestrebungen der Agrarier und Vändler entgegenzuwirken. Der Kampf um eine dem Export- handel günstige Handelsvertragspolitik soll nach der Absicht der Bundesgründer, unter denen die Herren Siemens und Boer-

mann genannt sein mögen, durch eine „vorübergehende Association“ geführt werden, die propagandistisch eine ähnliche Rolle für Industrie und Handel spielen soll, wie der „Bund der Landwirte“ für die Landwirtschaft.

Herr v. Siemens verhorrescirt besonders das Hervortreten jedes politischen Standpunkts. Der Verein wolle unter den Konfessionen und dem Centrum sowohl, wie unter den Liberalen seine Mitglieder werben.

Der Jahres-Etat des neuen Bundes wurde auf 200000 M. festgesetzt. Mit einer solchen Summe läßt sich immerhin schon ein hübsches Stück Agitationsarbeit leisten, wenn uns auch die politische Neutralität die energische, einseitige Aktion zu erschweren scheint. Warten wir indes die Thaten des Bundes ab. —

Nationalliberales. Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei war am Sonntag in Berlin versammelt. Zur Zolltarif- frage nahm man keine Stellung. In der Chinafrage billigten die Herren alles außer der verspäteten Einberufung des Reichstags. Zum Fall Woedike-Bund wurde beschlossen:

Die Thatsache, daß das Reichsamt des Innern von einer privaten Vereinigung Gelder zur Agitation für eine Vorlage des Bundesrats in Anspruch genommen hat, bietet keinen Grund, die Unbestechlichkeit unsrer Regierung auch nur in Frage zu ziehen, wohl aber giebt sie Veranlassung, zu betonen, daß es im Inter- esse des Ansehens der Regierung und einer unparteiischen Ver- waltung als unzulässig erachtet werden muß, wenn die Regierung von Interessengruppen Mittel zu politischer Agitation annimmt oder gar fordert.

Schwächlicher läßt sich nicht gut ein Protest formen! —

Alkoholische Chinabegeisterung. Alle Lumpensticker aller patriotischen Haushaltungen im Reiche werden zur Zeit ausgeräumt, alle Geschäftspatenten suchen ihre ältesten Ladensüter zusammen, und in Risten, Ballen, Säcken und Fässern schickt man das unter der Firma „Liebesgaben“ an die Centralammernstelle in Bremen, um als opferbereiter Patriot in den veröffentlichten Quittungslisten zu glänzen. Der giebt ein paar alte Hosen, jene einige gebrauchte Oberhemden, dieser eine alte Lederjace oder einen motten- zerfressenen Gehpelz. Alle kommen sie hervor, die zurück- gesetzten Korrmal-Schweissfäden, Pulswärmer, billige Schilpe, leidene Taschentücher, baumwollne Handschuhe, Stridwesten mit Kermeln und diverse andere baumwollene und wollene Kleidungsstücke, die niemand mehr kaufen mag und die als „Liebes- gaben“ vermutlich auch nur zum geringsten Teil ihrer natürlichen Zweckbestimmung zugeführt werden dürften. An 600 Risten voll hat es sich nach den bis jetzt veröffentlichten drei Verzeichnissen im „Reichs-Anzeiger“ der Patriotismus schon kosten lassen. Damit bei der „christlichen“ Massenbläuterei die Erbauung nicht fehle, hat man auch für die nötigen Schriften dazu gesorgt: Evangelien und Psalmen, Gebetbücher, Evangelische Sonntagsblätter und „Königliche Volkszeitung“ — Herr J. P. Wagem in Köln spendet gewöhnlich fast jede Woche sein Vater.

Und Gau de Cologne — zum Gutrichen — etliche Eimer voll! Aber das alles erfährt in einem Riesenstrom von Alkohol jeder Art; Schnaps von hundert Namen, alle Biere und Weine Deutsch- lands erscheinen in den Verzeichnissen in Quantitäten, daß die Be- geisterung der Chinaltrierger auch höchste steigen muß. Vielleicht 70, 80000 Flaschen, dazu 11 Fässer Bier, ebensowohl Wein, 11750 Flaschen, 870 Liter, 888 Risten und 8 Fässer Schnaps, dazu 58000 Flaschen und 780 Risten Mineralwässer und Fruchtäfte — das ist wirklich ein reicher Segen.

Die Cigarren- und Tabakpenden dürfen nicht unerwähnt bleiben; vielleicht 600000 Cigarren, ebenso viel Cigaretten und Rauchtabak für jeden der 20000 Mann auf drei Wochen zu rauchen — wahrlich, ein Patriotismus, der in heißen Flammen lodert.

Aber würden alle diese nach Anerkennung leuchtenden Interessenten des Weltmachtstufes auch nur für ein Jahr die Zinsen der Anleihe aufbringen mögen, die dem Reiche für das chinesische Abenteuer auf- gebildet werden soll? —

Chinesische Unverschämtheit nennt es die „Staats- bürger-Zeitung“, daß Li-Jung-Tschang als Vizekönig von Sibirien an die fremden Gesandten ein Rundschreiben richtete, in dem er gegen die zum internationalen Sport gewordenen Menschenjagden Protest einlegte. Er erinnerte in „unerschämter Weise“ daran, daß der alteinige Zweck der internationalen China-Expedition die Befreiung der Gefandten gewesen sei. Dieser Zweck sei längst erreicht, so daß die Streifzüge im Innern jeder Verächtigung entbehren. Nicht nur die Gefandten befinden sich längst in Sicher- heit, sondern auch die Millionenstädte Tientsin und Peking sind ausgeplündert und niedergebrannt, mindestens 80000 Chinesen — Männer, Weiber und Kinder — sind als Opfer der Raube nieder- geknallt und niedergestochen worden. Und wenn sich nun der chinesische Staatsmann, vor dem vor Jahren die europäische Bourgeoisie auf dem Vaucl log, einen bescheidenen Protest gegen das sumlose Morden und Genügen der europäischen Kulturverbreiter erlaubt, so ist das nach der Ansicht des Pädlerblattes „chinesische Unverschämtheit“. Nehmen wir einmal an, das deutsche Volk wäre nicht das Volk der Bismarck, Molke und Pöbel, sondern wirklich die gefeierte Nation der Kant, Goethe und Schiller, die nicht den Paradezug, sondern die geistige Gymnastik geübt hätte, und nehmen wir weiter an, diese im Gebrauch des selbstwillkürigen ungeheuren Nation der Dichter und Denker werde von ränderischen fremden Eindringlingen, etwa semitischen Rasse, in der gleichen Weise mißhandelt, wie gegenwärtig China von den europäischen Nationen, und ein deutscher Li, etwa Herr Wagner oder Herr Wahn, erhebe gegen diese Behandlung Protest! — so wäre das eine echt germanische Un- verschämtheit! Heil deutschen Völkerechtsbegriffen! —

Herr Vielhaben, ein Schüler der Kinderanbentung. In Hamburg existiert seit einiger Zeit eine Polizeiverordnung, durch die die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern in Gas- und Schankwirtschaften geregelt und verschärft nicht unwesentlichen Beschränkungen unterworfen wird. Es entstand nun die Frage, ob die Verordnung auch dann Geltung habe, wenn die im Wirtschaftsbetriebe beschäftigten Kinder die eigenen Kinder des Betriebsinhabers sind. Es wurde in einem Falle das Schöffengericht angerufen, und dieses ent- schied gemäß den Anträgen und Ausführungen des früheren antilemischen Reichstags-Abgeordneten Rechts- anwalt Dr. Vielhaben dahin, daß die Verordnung nur auf fremde Kinder, nicht aber auf die eigenen Kinder eines Betriebs- inhabers Bezug habe. Nach § 1617 des Bürgerlichen Gesetzbuchs habe der Vater das Recht, seine Kinder in Hauswesen und auch in seinem Geschäft zu beschäftigen. Das sei Reichsrecht und könne nicht durch Landesgesetzliche Bestimmungen aufgehoben werden.

Das Oberlandesgericht hat jedoch einen andern Standpunkt eingenommen. Es sagt, die Bestimmungen des § 1617 des Bürgerl. G. B. seien privatrechtlicher Natur, die die zum Besten der Allgemeinheit erlassenen Bestimmungen der Polizei- Verordnung, die öffentlich-rechtlicher Natur seien, nicht berühren. Die Polizei-Verordnung wolle solche Vorschriften treffen, die die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern in Wirtschaftsbetrieben so regeln, daß die Kinder dabei in sittlicher und gesundheitlicher Be- ziehung und auch in Bezug auf die Erhaltung der er- forderlichen körperlichen und geistigen Frische für die Schularbeiten keinen Schaden litten. Einen Unter- schied zwischen fremden und eigenen Kindern mache der Wortlaut der Verordnung nicht, und es sei auch absolut kein Grund vorhanden, den Wortlaut dieses Gesetzes einschränkend zu inter- pretieren. Die Verordnung treffe daher sowohl eigene wie fremde schulpflichtige Kinder, die von einem Väter in seinem Gewerbebetriebe beschäftigt werden.

Herr Vielhaben hat schon mehrfach ähnliche Proben von seiner juristischen Findigkeit im Unternehmerinteresse abgegeben, so daß uns der neueste Fall nicht sonderlich wundert. Desto erfreulicher ist die Stellungnahme des Ober-Landesgerichts, denn es ist nicht einzusehen, warum nicht auch die Kinder der Wirte vor der Ausbeutung ihrer eignen Eltern geschützt werden sollten. —

Katholiken ante portas! Diesen Schreckensruf läßt ein bürger- liches Blatt, die „Augsburger Abendzeitung“, innerlich das gestützte England ausstoßen:

„Verunflüchte und nicht verbundene Leute in England denken sogar jetzt schon mit Schauern daran, daß über kurz oder lang die auf den Schlachtfeldern und in den Lagern in Sabafria schließlich nicht besser ge- wordene britische Soldateska in England wieder losgelassen und dann ad oculos demonstrieren wird, welcher Art ihr „Goldentum“ und ihr persönliches Verhalten ist.“ Die „Gentlemen“ des Lord Roberts haben nicht übel in Süd- afrika gehaust und im Rauben und Plündern auch ihr Medisches geübt. Aber sie sind doch nur Waisensnaben gegen die Katho- lichen in Ostafrika, von denen ein in München heimgekehrter Chinakreuzfahrer in einem Briefe folgendes berichtet:

„Wie die Stadt ansteht, kann ich Euch kaum schildern. Die Stadt zählte einst 25000 Einwohner, aber Du findest jetzt keine Hundert mehr. Kein einziges Haus mehr ganz. Alles verbrannt. Wie die Chinesen mit uns gehaust haben, läßt sich nicht schildern. Dafür haben wir auch jeden Chinesen, den wir erwischten, kalt gemacht. Auf den Kriegsschiffen, besonders auf den russischen, legte man sie einfach auf die Bank, säbelte ihnen den Kopf ab und warf sie ins Meer.“

Unertwünschte Folgen. Im Großherzogtum Sachsen-Weimar mülht sich seit etwa 1 1/2 Jahren ein besonders politisch ver- anlagter Junker, der Staatsminister Hans Luke v. Wurmb, im Schwelge seines Angehts ab, die Socialdemokratie durch systematische Versammlungsverbote mundtot zu machen.

Der einzige Erfolg seiner Mühe war, daß er einen großen Teil auch derjenigen Bevölkerungskreise erbitterte, die nicht zur Social- demokratie gehören. Die letzten allgemeinen Landtagswahlen ergaben eine Stärkung der Opposition im Landesparlamente überhaupt und statt des bisherigen einzigen Socialdemokraten wurden zwei gewählt.

Zu diesen unerwünschten und unerwarteten Folgen gehört auch eine öffentliche Erklärung, die jetzt Dr. Abbe, Professor an der Universität Jena und Vorsteher der räumlichst bekannten optischen Werkstätte der Reichs-Stiftung, abgegeben hat. Professor Abbe ist von einer Anzahl privilegierter Wähler (die mindestens 3000 M. Ein- kommen beziehen müssen) angefordert worden, für den Landtag zu kandidieren. Darauf hat dieser in der Presse erklärt:

„Von dem Wunsch, Landtags- Abgeordneter zu werden, bin ich soweit wie möglich entsetzt; denn ich habe gerade genug andres zu thun. Sollte indes die Mehrheit der privilegierten Wähler des 2. Verwaltungsbezirks, die am 18. November in Apolda zu wählen haben, es für angebracht halten, in den nächsten Landtag einen Vertreter zu senden, der vermöge seines Stand- punkts kräftig Einspruch gegen die reaktionäre Tendenz erheben muß, die in einigen Zweigen der Staatsverwaltung des Groß- herzogtums neuerdings zur Herrschaft gelangt ist — so bin ich bereit, das Opfer auf mich zu nehmen, welches ein Mandat für mich bedeuten würde, und für die nächsten drei Jahre die Pflichten eines Abgeordneten nach besten Kräften zu erfüllen.“

Jena, den 9. November 1900.

Dr. G. Abbe.

Prof. an der Universität Jena.“ Professor Abbe ist ein angesehenener und einflussreicher Mann, und seine tapfere Erklärung macht deshalb peinliches Aufsehen im Lande. Man kann gespannt darauf sein, ob sich unter den Privile- gierten eine Mehrheit finden wird, die Herrn Abbe nach dieser Er- klärung zum Abgeordneten für geeignet hält. —

Gegen die Theater-Censur. Der Goethebund, welcher am vergangenen Sonntag einen Delegiertentag in Weimar ab- hielt, hat auf diesem beschlossen, eine Petition um reichsgesetzliche Befreiung des veralteten Censurwesens an den Reichstag zu richten. —

Nach einem Anarchistengesetz schreit wieder einmal das Berliner Krupp-Organ. Die Zeit der Hunnenbriefe ist dazu auch die ausgeht glücklich!

Das Blatt giebt ein vor Jahresfrist erschienenen Buch des Donner Sprachschlehders Seuffert an, in dem den Schorf- machern ein komplettes Anarchistengesetz apporziert wird. Seuffert schlägt darin unter andern vor, den Versuch und die Aufforderung zu einem anarchischen Verbrechen im Minimum mit zehn Jahren Zuchthaus zu bestrafen. Während also prinzipielle Mörder mit 15 Jahren Gefängnis davon kommen, würde ein anarchischer Pädler seine Vorliebe für seine bilder- reiche Ausdrucksweise mit mindestens zehn Jahren Zuchthaus zu büßen haben.

Wiewohl ist Seuffert dem Kruppblatt noch viel zu zahm, weil er nicht auch die Socialdemokratie der Ehre anarchistengesetzlicher Aburteilung teilhaftig werden lassen will. —

Militärjustiz. Vor dem Düsseldorf-Kriegsgericht war angeklagt wegen Fahnenflucht und Preisgabe der Montierungspläne der russler Josef Tschowosch der 9. Comp. Regt. 89. Auf Antrag der Anklagebehörde wurde die Offen- lichkeit zu dieser Verhandlung ausgeschlossen. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis und Verlust der Solarte. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Vor der ersten Strafkammer Berlin wurde unter Aus- schluß der Öffentlichkeit gegen den Tischler Stolz verhandelt. Der Angeklagte soll über den Chinazug majestäts-beleidigende Worte geäußert haben. Das Gericht schenkte dem Demagogen vollen Glauben und verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis.

Ueber die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke

führt Karl Kautly im letzten Heft der „Neuen Zeit“ u. a. aus: „Soll die Verstaatlichung der Kohlengruben auf friedlichem Wege, ohne Expropriation erfolgen, so verspricht sie nur dann von Vorteil für die sociale Entwicklung zu sein, wenn sie eingeleitet wird durch Maßregeln, die geeignet sind, die Vergewaltore zu schmälern.“

Zu diesen Maßregeln gehört vor allem ein ausreichender Arbeiterschutz. Es wäre ganz verfehlt, wollte der Staat die Gruben in ihrer jetzigen mörderischen Verfassung zu ihrem Werte über- nehmen, um sie dann auf Kosten der Steuerzahler in jenen Stand zu setzen und in jener Weise zu betreiben, die im Interesse der Gesundheit und des Lebens der Bergarbeiter erforder- lich sind. Das sollen die Herren Grubenbesitzer nur gefälligst mit den „Arbeitsräthen“ besorgen, die sie seit Jahrzehnten auf Kosten von Gesundheit und Leben ihrer Arbeiter aufgebaut.

Aber das genügt nicht. Die Macht der Monopolmagnaten ihren Arbeitern gegenüber ist eine zu übermächtige, als daß erwartet werden könnte, die Organisationen der letzteren könnten allein ihren Aus- beutern erhebliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen aufzwingen; andernteils leidet unter einem Streik der Kohlengruben die gesamte Gesellschaft. Daher ist es eine doppelte Pflicht ihrer organisierten Macht, der Staatsgewalt, den Grubenbesitzern auch ausweichende Konzessionen an ihre Arbeiter vorzuschreiben, die einen Streik über- flüssig machen. Dazu gehört nicht bloß der Achtstundentag, sondern auch ein staatlich festgesetzter Minimallohn, der den Arbeitern ein menschenwürdiges Entkommen sichert.

Da aber die Kohlenmagnaten, dank ihrer Monopolstellung, die Möglichkeit haben, alle Konzessionen an die Arbeiter auf die Konsumenten abzuwälzen, muß dem ein Mittel vorgeschrieben werden durch die Festsetzung von Maximalpreisen, die das Ende des Kohlen- wuchers bedeuten.

Achtstundentag, Minimallohn, Maximalpreise für die Kohlengruben, das, und nicht die sofortige Verstaatlichung, sind die Forderungen, welche die Socialdemokratie zunächst an den Staat, auch an den reaktionärsten, auch an den preussischen oder östreichischen, zu stellen hat.

Aber freilich, die beiden letzteren Maßregeln — Minimallöhne und Maximalpreise — kann nur eine Partei aufstellen, die entschlossen ist, bis zur Verstaatlichung vorzuschreiten. Mit den Grundlagen einer entwickelten Warenproduktion sind ja staatlich festgesetzte Minimallöhne und Maximalpreise auf die Dauer unvereinbar. Aber die Sache bekommt ein andres Gesicht, wenn diese Maßregeln nur Uebergangsmittel zur Verstaatlichung von Betrieben sein sollen, die über das Stadium einer freien Warenproduktion schon hinausgewachsen sind und schon Monopolcharakter erlangt haben.

Das kommunistische Manifest entwickelt eine Reihe von Uebergangsmaßregeln für die Zeit der sozialen Revolution. Einzelne derselben sind veraltet. Aber auch heute noch sind wir der Meinung, daß dieses Uebergangsstadium notwendig machen wird. „Abolition der Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, Maßregeln also, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaus treiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsverhältnisse unvermeidlich sind.“

Zu diesen Mitteln zählen wir auch staatlich festgesetzte Minimallöhne und Maximalpreise für bestimmte Industriezweige, die zu privaten Monopolen geworden sind. Theoretisch unhaltbar, weil unvereinbar mit den Bedingungen einer entwickelten Warenproduktion, können sie unter Umständen sehr vorteilhaft wirken, wenn sie bestimmt sind, über sich selbst hinauszutreiben und als Mittel zur Umwälzung der Produktionsweise zu dienen.

Sind wir aber einmal so weit, daß wir eine Regierung haben, die gegen das Kapital solche Mittel anwendet, dann können wir es getrost darauf ankommen lassen, daß sie über sich selbst hinaus zur Verstaatlichung treiben, denn dann können wir überzeugt sein, daß diese politisch wie ökonomisch unter Bedingungen vor sich geht, die dem Proletariat wie der gesamten Gesellschaft zum Vorteil gereichen.

Ein andres als ein vom Proletariat beherrschtes Regime wird diese Mittel in ihrer Gesamtheit nicht in Anwendung bringen.

Fordert man also als Vorbedingungen der Verstaatlichung der Kohlengruben die staatliche Festsetzung des Höchstpreises, eines Minimallohns für Grubenarbeiter, der den jetzigen erheblich übersteigt sowie eines Maximalpreises für Kohle, der hinter den jetzigen erheblich zurückgeht, dann kann man auch daran die Forderung der Verstaatlichung selbst knüpfen; aber man muß sich klar sein darüber, daß auch hier die Vorbedingung der Vorbedingungen die politische Macht des Proletariats ist.

Daß wir das jetzt weitverbreitete Streben nach Verstaatlichung der Kohlenbergwerke agitatorisch nicht ungenützt lassen dürfen, versteht sich von selbst. Im Kohlenbergbau tritt eher als anderswo auch für das blödeste Auge scheinbar die Unzerstörbarkeit des Privateigentums an den Produktionsmitteln mit dem Gesamtwohl zu Tage; hier zeigt sich am ehesten, wie überflüssig, ja schädlich der Kapitalist geworden ist, der die Produktion nicht mehr beherrscht, um sie zu entwickeln, sondern um sie einzudämmen, der sich zwischen Produzenten und Konsumenten nur noch deshalb schiebt, um als Parasit beiden das Blut anzusaugen. Daß das die einzige Funktion ist, welche diese Art „königliche Kautel“ am gesellschaftlichen Körper vollzieht, das leuchtet heute so ziemlich jedem ein, der nicht selbst ein verzerrtes Kaufmann oder sein Amentall oder Professor an einer verfallenen Universität ist.

Aber gleichzeitig zeigt sich's, wie unfähig die bürgerlichen Klassen sind, eine Reform durchzuführen, die sie selbst als dringend notwendig empfinden. Sie besitzen nicht die Kraft, das Privateigentum an den Kohlengruben aufzuheben, und sie besitzen nicht einmal den Willen, diese Aufhebung unter jenen Bedingungen zu vollziehen, die allein im Stande wären, der durch das Privateigentum geübten Ausbeutung ein Ende zu machen, den Kohlenreichtum des bürgerlichen Lebens aus einer Quelle der Armut und des Elends in eine Quelle des Wohlstands für alle zu verwandeln.

Diese Verlegungen, die auf die Notwendigkeit hinweisen, vor der endgültigen Aneignung die Macht der Kohlenmagnaten auszuhebeln, entsprechen den Bedenken gegen eine sofortige Verstaatlichung, wie sie auch in den Berliner Protestversammlungen gegen den Kohlenwucher teilweise zum Ausdruck gelangten.

Rechts- und Verwaltungspraxis in Elsaß-Lothringen.

Schon des öfteren hatten wir Veranlassung, auf den Widerspruch hinzuweisen, der in Elsaß-Lothringen hinsichtlich der Behandlung der Gewerkschaftsbewegung zwischen der Praxis der Verwaltungsbehörden und den von den einschlägigen Gerichten in dieser Sache gefällten Erkenntnissen besteht. Bereits in mehreren Fällen haben die letzteren dahin entschieden, daß durch den die Koalitionsfreiheit der Arbeiter garantierenden § 152 der Reichs-Gewerbeordnung alle entgegenstehenden landesgesetzlichen Bestimmungen aufgehoben und damit auch in Elsaß-Lothringen für gewerkschaftliche Vereinigungen das Erfordernis der vorgängigen polizeilichen Genehmigung hinfällig geworden sei. Diese inkorrekte Interpretation der Gewerbe-Ordnung suchte das reaktionäre Verwaltungsregime des Reichslands der ihm unangenehme freizügliche Wirksamkeit dadurch zu entziehen, daß es die gewerkschaftlichen Organisationen der Elsaß-Lothringischen Arbeitervereine, ohne den Nachweis der Berechtigung hierzu auch nur zu versuchen, für Vereinigungen politischen Charakters erklärte und sie dadurch allen Rechten der polizeilichen Erlaubniserteilung, Ueberschauung etc. unterwarf, wie sie die französischen Bestimmungen unserer Landesgesetzgebung für Vereine dieser Art vorsehen. Auf eine Beschwerde hin, die vor einiger Zeit von den Holzarbeitern des Industrie-Orts Schiltigheim gegen eine die Genehmigung zur Gründung einer Zählstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbands verweigerte Verfügung des dortigen Kreisrichters eingereicht worden war, traten sowohl der Bezirkspräsident wie das Ministerium der von der unteren Verwaltungsbehörde vertretenen Auffassung bei, die wirtschaftlichen Bestrebungen jenes Verbands seien lediglich der Deduktion, unter dem die politischen — soll natürlich heißen: sozialdemokratischen! — Tendenzen verborgen werden sollen.

Die totale Unhaltbarkeit dieser juristischen Konstruktion ist neuerdings wiederum nachgewiesen worden durch ein Urteil, das die Strafkommission des Landgerichts Straßburg in der Anklage gegen zwei Maurergesellen aus Hagenau wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz dieser Tage gefällt hat. Die beiden Maurer hatten zum Zwecke der Gründung einer Zählstelle des deutschen Maurerverbands ohne polizeiliche Genehmigung eine Versammlung von Berufsgenossen veranstaltet, die im Auftrag des Kreisrichters der polizeilichen Aufsicht verfiel und die strafrechtliche Verfolgung der Täter nur nach sich zog, weil mit der Gründung der erwählten Zählstelle sozialdemokratische Interessen verfolgt werden sollten, die Vereinigung also eine politische sei und als solche der polizeilichen Anmeldung und Genehmigung bedürfe. Das Gericht gelangte jedoch, in Uebereinstimmung mit einer von ihm in ähnlicher Sache bereits früher gefällten Entscheidung und einer solchen des Landgerichts Metz, nach eingehender Erwägung zu einem freisprechenden Urteil mit der Begründung, daß die Gründung der Zählstelle kein politisches Vergehen sei, da lediglich die Gründung eines Zweigvereins des Centralverbandes der Maurer Deutschlands beabsichtigt war, dessen Statuten jede Politik ausschließen; eine behördliche Genehmigung sei für die Versammlung also nicht erforderlich gewesen.

Dieser und einer Reihe gleichlautender gerichtlicher Entscheidungen zum Trotz werden die reichsständischen Verwaltungsbehörden zweifellos fortfahren, den gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeiterklasse auch weiterhin politische Tendenzen zu unterstreichen und damit neben der politischen auch deren wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zu unterdrücken. Nach Graf Poladowski nennt man das „beste Rechtsparatien“!

Die Anklage als Retter der deutschen Kolonien. Die „Africanische Weltliche Zeitung“ verlangt von der Regierung, daß sie für die afrikanischen Kolonien Anklage anwerbe und an die Kolonialgesellschaften abgebe. Die Regierung sei dazu in der Lage durch die „Kautschuk-Erwerbungen“. Die Eingebornen in unseren Kolonien seien

zu schwach, teils auf zu faul zu Arbeit, die Verhältnisse hätten sich so zugespitzt, daß die Arbeiterfrage in obigem Sinne gelöst werden müsse. Die Anklage werden überaus gelobt als die tüchtigsten und geschicktesten Arbeiter. — Merkwürdig, daß dieselben Chinesen nach den militärischen Berichten derselben Schiffsanführerorgane kaum den Schuß Pulver wert sein sollen, den man ihnen in den Leib jagt. —

Ausland.

England.

Die Segnungen des Militarismus sollen dem englischen Volk nicht länger vorenthalten bleiben. Die Heeresreform, die Lord Salisbury in der Guildhallrede ankündigte, soll mit großer Eile durchgeführt werden. „Daily Mail“ schreibt, die britische Armee stehe am Vorabend der radikalsten Umwälzung, die sie jemals erfahren hat. Die Lehren des Krieges seien sorgfältig studiert und der Plan der Heeresumbildung in der durchgreifendsten Art vorbereitet worden. Die Einzelheiten des Plans werden noch ertönen, aber die Hauptumrisse des Programms seien fest gestellt. Die Umbildung werde wahrscheinlich anfangs 1901 beginnen, sie bezwecke, alle existierenden Mängel des gegenwärtigen Systems abzustellen. Künftig werde der Soldat seine ganze Zeit mit reiner Soldatendarbeit zubringen, und während zehn Monate im Jahre sollen hinfür Offiziere und Mannschaften mit deutscher Gründlichkeit eingelebt werden. —

Belgien.

Brüssel, 11. November.

Die Manifestation zu Gunsten der Amnestie und des gleichen Wahlrechts, die am heutigen Sonntag in allen größeren Städten Belgiens stattgefunden hat, ist überall in der imposantesten Weise verlaufen.

In Brüssel nahmen ca. 6000 Personen an dem Zuge teil. Eine Deputation begab sich zum Oberbürgermeister De Mat und unterbreitete ihm die Petition, welche die Forderungen der Arbeiterschaft an die Regierung enthält. Am Schluß der Demonstration hielten Vandewelde und der Advokat Roger — der Verteidiger des Anarchisten-Moineau, für den Amnestie verlangt wird — vom Balkon des „Raison du Peuple“ herab Ansprachen an die Massen.

Die Liberalen und Christlichdemokraten haben an unserer Demonstration nicht teilgenommen, obwohl sie für das allgemeine und gleiche Wahlrecht eintreten. Sie behaupten, daß die Sozialisten die Proportionalwahlen zu Fall bringen wollten. Es ist allerdings wahr, daß die sozialdemokratische Partei gegenwärtig in dieser Frage durchaus geteilter Meinung ist. Aber es ist zu hoffen, daß der demnächst stattfindende Kongreß die Differenzen beseitigen wird.

Italien.

Amnestie. Der König unterzeichnete am Sonntag aus Anlaß seines Geburtstags ein Dekret, durch welches eine Amnestie für gemeine Vergehen, Uebertretungen der Steuergesetze und militärische Verbrechen erlassen wird, soweit auf nicht mehr als 6 Monate Gefängnis erkannt ist. —

Partei-Nachrichten.

Zur Aufhebung der Anwesenheitspflicht aus der Schweiz. Unsere Kolle in Nr. 261 bedarf einer Richtigstellung. Die einzige politische Bedingung, die an die Erlaubnis zur Rückkehr in die Schweiz geknüpft worden ist, besteht darin, daß Verstein sich solcher Handlungen enthalten, welche die Beziehungen der Schweiz zum Auslande schädigen könnten. Es ist hierbei zu erinnern, daß die Ausweisung seiner Zeit damit begründet worden ist, daß Verstein durch die Schreibweise des für Deutschland bestimmten „Sozialdemokrat“ die Rücksichten auf die Beziehungen der Schweiz zum Auslande grob verletzt hätte. Es handelt sich also offenbar für die Schweizer Behörden nur um eine formale Sicherung gegen Mißbräuchen seitens der deutschen Regierung und durchaus nicht um Bedingungen des „Wohlvhaltens“, unter denen Verstein die Erlaubnis zur Rückkehr nicht hätte annehmen können und nicht angenommen hätte.

Der Parteitag des westlichen Westfalens, der am Sonntag in Herne stattfand, war von 60 Delegierten besetzt. Nach dem Kostenbericht des Agitationskomitees betrug die Jahreseinnahme inkl. des Kostenbestands von 105,95 M. und 800 M. Zuschuß vom Parteivorstand 1534 M., der eine Gesamtausgabe von 1280,93 M. gegenüberstand.

Bei der Erörterung des Punktes „Presse“ wurde betont, daß die „Westf. Arbeiterzeitung“ möglichst bald eine Rotationsmaschine anschaffen müsse, um das Format der Zeitung zu vergrößern und die in Dortmund hergestellten vier Kopfbücher schneller liefern zu können. Es wurde beschlossen, daß das Dortmund-Parteiorgan den in Frage kommenden Kreisen die Kopfbücher zum Selbstkostenpreise liefern solle, die Central-Verwaltungskommission soll jährlich einmal zu den Revisionen des Dortmund-Geschäfts herangezogen werden. Endlich müge der Parteivorstand darauf hinwirken, daß das „Vormärker Volksblatt“ und der „Essener Arbeiter“ baldmöglichst selbständig erscheinen. Unter andern wurde noch beschlossen, einen Agitations-Kalender zu verbreiten; ferner wurde das Agitationskomitee beauftragt, dem nächsten Provinzial-Parteitag den Entwurf eines Kommunalprogramms vorzulegen. Auch sollen die Landtags-Wahlkreise des Agitationsbezirks demnächst zusammentreten, um die Vorarbeiten einzuleiten.

Die bestenerte Agitation. Der Genosse Kormann in Weidenfels hatte gegen die Veranlagung zur Einkommensteuer Verurteilung eingeleitet, da die Einkommenskommission es in der Abschätzung seiner Einkünfte zu gut mit ihm gemeint hatte. In dem Verurteilungsbescheid wurde nun unsern Genossen zu seiner Ueberzeugung eine Einmündungsquelle nachgewiesen, von deren Ertrag er bisher selbst noch keine Abrechnung gehabt hatte. Es wurde ihm nämlich mitgeteilt, daß bei seiner Einkommenserschätzung das in Höhe von 400 Mark angenommene Einkommen des Genossen als sozialdemokratischer Agitator mit in Berechnung gebracht worden sei. Die Einkommenskommission, die jedenfalls geübt hat, wie glänzend den Hülfe, Schweineburg und Konforten ihre Bemühungen vergütet werden, hat mit ihrer Verurteilung der agitatorischen Tätigkeit Herrn Riquel entschieden einen beachtenswerten Fingerzeig gegeben.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— Staatsretterisches und Bayern. Die Polizei von Rüst verbot das Ausstellen von Handzetteln, durch die zu einer sozialdemokratischen Versammlung mit dem Thema: „Die Handelspolitik“ eingeladen werden sollte, weil auf den Zetteln nicht bemerkt war, daß Minderjährige zur Versammlung nicht Zutritt hätten. Es blieb nichts andres übrig, als andre Zettel drucken zu lassen, auf denen die Minderjährigen darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Staat erschlößt werden könnte, wenn sie einen handelspolitischen Vortrag anhören würden. Rüstler hat man wenigstens so lange gewartet, ob Minderjährige auch wirklich an den politischen Versammlungen teilnahmen, um sie dann auszuweisen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlins und der Umgegend. Wie schon genugsam bekannt, sind die Berliner Loden-schlächtergesellschaften im Oktober d. J. in eine Lohnbewegung eingetreten, um so eine Verärgerung und Regelung der Arbeitszeit, sowie die Abschaffung der Sonntagskündigung und Entlassung zu erzielen. Die Forderungen der Gesellen wurden den Meisterorganisationen, der Innung und der Freien Vereinigung, mittels Schreiben der Lohnkommission unterbreitet. Während nun die Innung das Schreiben der Kommission beantwortete und auch eine Besserung der Lage der Gesellen versprach, hat die Freie Vereinigung selbst

ständiger Fleischermeister Berlins und Umgegend das Verlangen der Gesellen vollständig ignoriert, die Führer der Gesellen in den Augen ihrer Kollegen herabzusetzen versucht und das Schreiben der Kommission dem Papierkorb überantwortet. Die organisierten Schlächtergesellschaften Berlins sehen sich deshalb veranlaßt, die Namen der hieran am stärksten beteiligten und hierfür verantwortlichen Meister der Lohntätigkeit bekanntzugeben. Es sind das: Th. Kaiser, Kaiserstr. 21; Galler, Rionskirchstr. 34; D. S. N. N., Manschestr. 8; Feoberg, Paldensteinstr. 12; D. M. K., Urbanstr. 48; Kögel, Eisenbahnstr. 10; S. H. A., Kommerstr. 34 und Schönfeldt, Strahmannstr. 11. Die Lohnkommission der Berliner Loden-schlächtergesellschaften. Theodor Reslinke.

Deutsches Reich.

Ueber Streikposten haben das Schöffengericht in Solingen am Freitag zu entscheiden. Der Arbeiter Adriaan hatte gegen eine polizeiliche Strafverfügung, die er wegen Uebertretung der Regierungs-Polizeiverordnung vom 26. März 1900 in Verbindung mit der Lokal-Polizeiverordnung vom 9. Juni d. J. erhalten hatte, Einspruch erhoben. Der Angeklagte, der zu den freitägigen Postenbesetzern gehörte, behauptete, daß er mit diesen freitägigen Postenbesetzern als er am 11. September d. J. vor der J. A. Hensel'schen Fabrik Streikposten stand, der zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Bequemlichkeit des Verkehrs erzwungenen Aufforderung eines Polizeibeamten, die Straßendecke von der Gasse bis zur Bahnhofstraße nicht wieder zu betreten, keine Folge geleistet haben. Der Anwalt beantragte die Verurteilung des Angeklagten zu einer Geldstrafe von 15 M. Das Gericht erachtete jedoch durch die Beweisaufnahme für festgestellt, daß der Angeklagte durch das Gehen auf der betr. Straßendecke die Ordnung nicht gestört, auch nicht gefährdet hatte, und erkannte daher auf Freisprechung.

Ausland.

Ins England. In den Schieferbrüchen von Bethesda in Carnarvonshire (Wales) ist es zu recht folgenschweren Differenzen zwischen den Arbeitern und den Betriebsführern gekommen. — Der Besitzer der Brüche, Lord Penrhyn, hat sich vor drei Jahren nach einem langen Kollisionskampf der Arbeiter auf eine Arbeitsmethode geeinigt, mit der die Arbeiter zufrieden waren. Vor kurzem hat nun der Besitzer eine andere Ausbeutungsmethode angeordnet, die die Arbeiter zum Widerstand aufstachelte. Dabei soll es zu Ausschreitungen gekommen sein, wobei einige Arbeiter und Betriebsführer mißhandelt wurden. Sofort ist nun auf Veranlassung des Besitzers Militär herbeigezogen, das die auffässigen Arbeiter niederhalten soll. Wegen der Vorermittlung wurde 14 Arbeitern der Prozeß gemacht. Und als dieser Tage der Prozeß stattfand, feierten die 3000 Schieferbrüch-arbeiter, um ihre Kollegen im langen imponenten Zuge bis zur nächsten Stadt, wo die Gerichtsverhandlung stattfand, zu begleiten. Wegen dieser Demonstration hat nunmehr Lord Penrhyn 14 Tage die Betriebsstätten geschlossen. Wahrscheinlich ist damit nur neuer Konfliktstoff angesammelt und es dürfte wieder zu ersten Kämpfen kommen.

Sociales.

Ins dem Reich der Innungsgewerksamer. München, den 10. November. (Fig. Ber.) Vor dem Münchener Schöffengericht wurde eine Verleumdungsklage verhandelt, die ein bekannter Innungsgewerksamer, der Buchbindermeister und Kommerzienrat Max Nagler gegen zwei Kollegen angeklagt hatte. Endete die Verhandlung mit einem höchst faulen Vergleich, nachdem die Angeklagten erklärt hatten, daß sie der persönlichen Ehrenhaftigkeit Naglers nicht zu nahe treten wollten, so ist der Prozeß doch nach zwei Richtungen hin interessant. Einmal zeigte er, wie sehr den künstlerischen Schreibweisen jede organisatorische Frömmigkeit abgeht und zweitens wurde mit bemerkenswerter Ungenauigkeit eine der bairischen Regierung offenbar höchst unangenehme Erörterung abgehandelt.

Bezüglich des ersten Punktes wurde im der Beweisaufnahme zunächst festgestellt, daß die von Nagler im Jahre 1892 trotz aller Warnungen Einsichtiger gegründete Krankenkasse der Buchbinder-Innung von vornherein ein totgeborenes Kind war und bereits nach dem ersten Jahre ihres Bestehens zweimal hintereinander die Beiträge erhöhen mußte. Da es nicht gelang, die von R. in Gemeinschaft mit dem Rentanten Edel in höchst autoritativer Weise verwoilte Kasse zu sanieren, griff man nicht nur zu dem sehr bedenklichen Mittel der Prämierung, Erhebung der Beiträge, sondern man ließ sich von den Ärzten und Apothekern auch noch deren Rechnungen an Jahre hinaus stunden, ohne in den Abrechnungen in der vorgeschriebenen Anzahl „Unbedachte Forderungen“ einen entsprechenden Eintrag zu machen. Diese Manipulationen gaben den Angeklagten den Anlaß, in einer Innungsversammlung von falschen Bilanzen zu reden, woraus die Verleumdungsklage entstand.

Natürlich konnten diese Zustände auch der Aufsichtsbehörde nicht verborgen bleiben, und der städtische Richter Gindl hat wiederholt den Kläger aufgefordert, entweder durch weitere Erhöhung der Beiträge die Kasse zu sanieren oder — was noch besser sei — sie aufzulösen. Die Aufsichtsbehörde ließ sich jedoch eine Reihe von Jahren mit dem Hinweis auf die bevorstehende Gründung der Innungsgewerksamer verführen. Verschiedene Zeugen äußerten sich, nach ihrer festen Ueberzeugung sei die Begründung der Innungsgewerksamer seiner Zeit von Nagler nur deshalb so forestet worden, weil er glaube, damit die in Grund und Boden gewirtschaftete Kasse vor dem schimpflichen Bankrott bewahren zu können. Mit andern Worten: er wollte die durch eine reaktionäre Gesetzgebung zu Innungsgewerksamer Geprüften zwingen, die in solcher Weise entstandene Ueberschuldung von über 4000 M. zu beden.

Die ganze saubere Geschichte kam erst dadurch auf, daß bei der Wahl der Vorstandskasse in der neuen Innungsgewerksamer zur größten Ueberraschung Naglers die Liste der Innungsgewerksamer durchging. Als nun der neue Obermeister, erschreckt durch den Einblick in seine Geschäft, sich auf dem Ratkass Verhaltensmaßregeln erbat, wurde ihm vom Richter Dr. Menginger empfohlen: er solle zu einem namentlich bezeichneten Ministerialrat gehen, der ihm aus einem Geheimfonds der Regierung die zur Deckung der Schulden nötige Summe geben werde!

Der Richter Dr. Menginger war nun in der Verhandlung als Zeuge geladen, erklärte jedoch sofort, daß seine Aussagen für keinen der beiden Teile von Belang sein könnten und — wurde deshalb ohne weiteres entlassen. So kam man um eine Erörterung der interessanten Geheimfonds-Affaire herum, was verächtlichen Leuten offenbar sehr angenehm sein wird.

In höchst bezeichnender Weise schweigen sich die bürgerlichen Blätter über diesen Vorgang völlig aus. Vielleicht wird sich aber die Regierung veranlaßt sehen, im nächsten Landtage diese dumme Geschichte authentisch zu erklären.

Bevölkerungsrückgang infolge der Krise. Infolge der ungünstigen geschäftlichen Lage hat sich die Bevölkerungszahl der Stadt Meerane nicht unerheblich vermindert und zwar von 24 882 Einwohnern am 31. Januar d. J. auf 24 368 Einwohner am 31. Oktober. Auch aus Krimmitschau wird ein derartiger Rückgang der Einwohnerzahl, in dem die herrschende Krise in der Textil-Industrie zum Ausdruck gelangt, gemeldet.

Betriebsbeschränkungen sind auch auf dem Stahlwerk Werne bei Bochum eingeführt worden, so daß die Woche 1—2 Tage gestrichelt werden muß. Infolge des Mangels an Aufträgen ist ferner fünfzig Arbeitern gekündigt worden, weitere Arbeiterentlassungen sollen bevorstehen. Auch auf den anderen Werken in Werne wird über Arbeitsmangel geklagt.

Die Arbeitslosigkeit macht sich, wie in vielen andern Orten, auch bereits in Karlsruhe bemerkbar. Nach einer Mitteilung des dortigen Arbeitsamts konnten von 3600 Arbeitsuchenden nur 1047 eingestellt werden; die Zahl der Arbeitslosen hat sich gegen die

gleiche Zeit des Jahres 1899 um 888 vermehrt. Der Vorsitzende des Vereinsverbandes erwähnte angesichts dieser Situation, daß die Arbeiter nicht eher eine Stelle verlassen möchten, bis ihnen eine andere bestimmt zugesichert sei. Diese Mahnung erzeuge namentlich an die Bauhölzer, Maschinenschlosser, Eisendreher, Schmiede, Schreiner, Maler, Wagner, Fabrikarbeiter und Tagelöhner. Der Vorsitzende äußert zugleich die Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit voraussichtlich noch längere Zeit andauern werde.

Schlimme Aussichten. Auf der Generalversammlung der Aktionäre der Baroper Walzwerke erklärte, wie unser Dortmund-Bruderorgan mitteilt, der Direktor Schmieding, daß er sich einer solchen Geschäftskrise, wie sie gegenwärtig herrsche, nicht zu entsinnen vermöge. Aus dem Inlande kämen überhaupt keine Aufträge und die wenigen Aufträge aus dem Auslande deckten kaum die Selbstkosten. Da die Unternehmer sich bei flauerem Geschäftsgang durch Lohnreduktionen der Arbeiter schadlos zu halten pflegen, können die Arbeiter nicht oft und dringend genug zum Eintritt in die Organisationen ermahnt werden.

Sechs Tage unter freiem Himmel mußte in Oberschlesien die Familie eines bei der Arbeit verunglückten Arbeiters zubringen, da sie von dem Fabrikanten, der dem Verunglückten Stellung und Wohnung im Fabrikwohnhaus gekündigt hatte, ernüchtert worden war und keine anderweitige Unterkunft hatte finden können. Die Wohnung des Ernüchterten hat noch mehrere Wochen leer gestanden. Das Dorf Suchau, mit dem die Gegend, in der der Verunglückte zu Schaden gekommen war, nur in losem Zusammenhang steht, hätte sich geweigert, sich der Subsistenz- und obdachlosen Familie anzunehmen.

Zur Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes. Eine von den Vorständen der verschiedenen Orts-Krankenkassen, Betriebs-Krankenkassen und freien Hilfskassen einberufene Versammlung in Kachen nahm Stellung zu den bekannten Vorschlägen des Dr. Hoffmann. Nach einem instruktiven Vortrag eines Herrn Otten wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 7. November im Saale des Herrn Houben tagende Versammlung von Mitgliedern der Orts- und freien Hilfskassen von Kachen und Bursfelde erhebt entschiedenen Protest gegen die vom Herrn Regierungsrat Dr. Hoffmann angeregten Änderungen des Krankenversicherungs-Gesetzes, soweit dabei eine Beschränkung der Rechte der Arbeiter in Frage kommt. Die Versammlung erblickt in den Vorschlägen des Herrn Dr. Hoffmann eine weitere Entrechtung der in den Orts-Krankenkassen versicherten und versicherungspflichtigen Arbeiter und Stellung derselben unter gemeindebehördliche Vormundschaft.“

Ferner protestiert die Versammlung gegen die Entrechtung der dem § 76 genügenden Hilfskassen und erwartet die Versammlung von der Vertretung des Volks im deutschen Reichstag, daß sie jene, die Entrechtung der Arbeiter betreffenden Vorschläge energisch zurückweist.

Diese Resolution soll dem Vertreter Kachens im Reichstag, Herrn Dr. Hille, überreicht werden.

Grubenexplosionen. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund kamen im Jahre 1899 85 Grubenexplosionen vor. Davon waren 82 reine Schlagweiser-Explosionen, 3 hatten Kohlenstaub-Entzündungen zur Folge. Da sich in dem Bezirk 1897 61 und 1898 42 Explosionen ereigneten, so ist allerdings eine Verminderung der Explosionen zu verzeichnen. Durch eine schärfere und ständige Kontrolle der Wetterführung dürften aber jedenfalls die Explosionen in noch weit höherem Grade vermindert werden können.

Aus der jüdischen Arbeiterbewegung in Rußland. Mit dem stetigen Wachstum der jüdischen Arbeiterbewegung wächst auch die literarische Tätigkeit sowohl des Centralkomitees des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Rußland und Polen, wie auch seiner örtlichen Komitees, der Komitees in verschiedenen Städten. In der letzten Zeit sind wiederum zwei neue Organe erschienen. So gibt jetzt das Homeler Komitee des „Allgem. Jüdischen Arbeiterbundes“ sein eigenes Organ heraus den „Kampf“ und das Warschauer Komitee die „Arbeiter-Blätter“ (zwei Nummern erschienen); im ganzen gibt also jetzt der „Allgem. Jüdische Arbeiterbund“ acht Zeitungen heraus; zwei Centralorgane, ein Gewerkschaftsorgan für die Bäckerarbeiter und je eines für Warschau, Brest-Litwa, Wilna und Homel. Die Verfassungen unter den jüdischen Arbeitern hören nicht auf. In diesen Tagen wurden in Orscha 8 Mann verhaftet, in Kowno drei Bäckerarbeiter, in Mowhilew und Schlowo fanden viele Hausdurchsuchungen statt. Ebenfalls wurden in den Städten Minsk, Warschau und Lodz Verhaftungen vorgenommen.

Textilmaschinen in den Vereinigten Staaten von Amerika. „The Textile World“ hat eine Uebersicht über die in den verschiedenen Zweigen der Textilindustrie in den Vereinigten Staaten benutzten Maschinen veröffentlicht. Die Zahlen lassen die Entwicklung seit 1890 erkennen. In den letzten Jahren ist diese Entwicklung eine besonders schnelle gewesen.

Es waren vorhanden:

	1900	1890	Zunahme Proz.
Wannwollspindeln	21 057 988	14 188 108	48,4
Wannwollwebstühle	490 898	324 886	50,9
Wolgarn-Rämmmaschinen	1 510	855	76,6
Säge Wolltragen	7 806	7 245	7,9
Wollwebstühle und Rämmgarnwebstühle	80 759	67 817	19
Seidmaschinen	75 721	86 482	107,6
Seidenwebmaschinen und Drehspindeln	1 426 245	718 980	98,5
Seidenwebstühle	48 246	20 822	131,7

Im Jahre 1900 waren in den Vereinigten Staaten vorhanden: 21 057 988 Wannwollspindeln, 490 898 Wannwollwebstühle, 1 426 245 Seidenwebmaschinen, 48 246 Seidenwebstühle.

Versammlungen.

Auf Einladung der neu gebildeten Personen-Lohnfahrwerks-Zinnung fand in der vorigen Woche im „Prälaten“ eine Versammlung von 16 Mitgliedern der Zinnung beschäftigten Arbeitern und Ausschern zwecks Wahl von zwei Beisitzern und zwei Stellvertretern, zum Zinnungsratsgericht statt. Die gut besuchte Versammlung wurde um 10 Uhr abends vom Obermeister Herrn Haase eröffnet. Die Verhandlungen leitete der Altgenosse Max Feising, welcher zunächst sich über die vorzunehmende Wahl verbreitete, die Wähler ermahnte, nur solche Personen zu wählen, welche gewillt und geeignet seien, die Interessen ihrer Kollegen mit allem Nachdruck zu vertreten und bereit zu sein, nach einer kurzen Aussprache den Vollzug des Wahlsaktes. Das Ergebnis der stimmungsvollen Wahlen war, daß durch Stimmenmehrheit zu Beisitzern Präfer und Kelen, zu Stellvertretern Köhler und Müller gewählt wurden. Nachdem brachten verschiedene Redner verschiedene Mißstände auf Fußböden zur Sprache und legten es dem Zinnungsvorstande nahe, für eine Beseitigung der Mißstände Sorge zu tragen.

Eine öffentliche Versammlung der Schlächtergesellen, die am Sonntag in den Armiahallen tagte, beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Problem: „Gründung einer kostenlosen Stellenermittlung“. Das einleitende Referat zu diesem Punkt hielt Genosse Rein. Er gestellte vor allem das oftmals recht lächerliche Treiben der Stellenermittler und ihrer Zuträger und verwies im Anschluß hieran auf die Vorteile der unentgeltlichen Arbeitsnachweise. Weiter beleuchtete der Redner die Verschiedenartigkeit der bestehenden Stellenermittlungen und empfahl die Einführung eines von den Gesellen verwalteten kostenlosen Arbeitsnachweises. Die Diskussionredner Arndt, Kestlinke, Meyer, Sider, Klewicz und Kallisch gingen in ihren Ansichten hierüber verschiedentlich auseinander. Einestheils befürwortete man den Anschluß an den paritätischen Arbeitsnachweis, während man andererseits die selbständige Vermittlung der Arbeit

durch die Gesellen bei dem jetzigen Mangel an Gesellen für richtiger hielt. Die Versammlung erklärte sich dann durch Annahme einer Resolution für die Einführung eines kostenfreien Stellennachweises von seiten der Organisation der Gesellen und übertrug die Vorarbeiten hierzu dem Vorstand der Verwaltungsstelle des Centralverbandes und der Lohnkommission, die in einer der nächsten Versammlungen Bericht erstatten sollen. Aus den Ausführungen der Schlächtergesellen ging aber unzweifelhaft hervor, daß sie der ausbeuterischen Privat- und auch der Zinnungs-Stellenermittlung überdrüssig sind. Dieser sei noch erwähnt, daß wie Kestlinke berichtete, auch die Zinnung für die Vermittlung einer Stelle mit einer Mark bezahlten. Ein Geldmangel soll man dem Gesellen sogar die Hinterlegung eines Pfandes verlangen. Vor einigen Jahren soll es selbst vorgelommen sein, daß ein privater Vermittler für eine Stelle einmal 75 Mark verlangt und auch erhalten haben soll, und dies könne sogar schwarz auf weiß bewiesen werden.

Bei den ferneren Tagesordnungspunkten wurde betont, daß die Lohnbewegung doch Vorteile, wenn auch nur geringer Art, gebracht habe, da ja die Meister hierdurch aus ihrer Gleichgültigkeit ausgerüttelt worden sind und die Behörden der Lage der Gesellen jetzt mehr Aufmerksamkeit widmen. Betreffs der Unterzeichnung der von den Meistern in Umlauf gesetzten Fragebogen zwecks Ergründung der Arbeitsverhältnisse der Gesellen wurde allseitig empfohlen, diese Fragebogen nur dann zu unterzeichnen, wenn sie auch wahrheitsgetreue Angaben enthalten, da ja die Meister durch ihre Umfrage nur die Erhebungen der Gesellen entkräften wollen. Diese Versammlung legte wiederum Zeugnis davon ab, daß es bei den Schlächtergesellen trotz aller Quertreibereien doch vorwärts geht. Die Organisation thut ihre Dienste.

Die Gas-, Wasser- und Heizungs-Rohrleger und Helfer hielten am 11. eine gut besuchte Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Rosenow über wirtschaftliche Krisen sprach. Sodann gelangte unter Vereinsangelegenheiten folgender Antrag zur Annahme: In allen Werkstätten sind sofort Versammlungen einzubezufen und die Wahl von Vertrauensmännern vorzunehmen, welche verpflichtet sind, an den Vertrauensmänner-Konferenzen teilzunehmen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter tagte am 6. November. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten E. Rosenow über: Die Verteuerung des Lebensunterhalts, der genossenschaftliche Konsum und die Arbeiterklasse. An dem beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion, in der sich mehrere Redner für und gegen die Konsumvereine und Genossenschaften aussprachen.

Der Verein der Tischler (Vertrauensmänner-Centralisation) hielt am 6. November seine regelmäßige Vertrauensmänner-Versammlung ab. Zur Verlesung kamen diejenigen Mitglieder, welche länger als sechs Wochen mit ihren Beiträgen reitieren, und werden die Vertrauensmänner ersucht, die betreffenden Kollegen an ihre Verpflichtungen zu erinnern. Eine längere Debatte entspann sich über den in letzter Zeit viel genannten § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Die Unternehmer suchen durch Paragraphen in den Arbeitsordnungen den § 616 zu umgehen, und werden die Kollegen ersucht, falls sie solche Arbeitsordnungen unterschreiben sollen, sich an den Vorstand oder die Agitationskommission zu wenden. Ferner wurde beschlossen, daß jeden letzten Freitag im Monat eine Sitzung der gesamten Verwaltung bei Franke, Wallfadenstraße 9, stattfindet, und auch auf die am Sonntag, den 18. November, bei Thiel, Fruchtstraße 30a, stattfindende außerordentliche Generalversammlung hingewiesen.

Centralverband der Maurer. In der Jahrsitzung II sprach am 9. d. Mts. das Mitglied Winkler über die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung. Unter gewerkschaftlichen Angelegenheiten äußerten mehrere Redner ihre Unzufriedenheit mit dem System der Ueberstunden. Wie behauptet wurde, sollen auf dem Erweiterungskongress der Firma Hertog Maurer bis zu 18 Stunden pro Tag gearbeitet haben. Man war der Meinung, daß wenn die Arbeiten so eilig gefördert werden sollen, die Einlegung von zwei Schichten zu empfehlen wäre. Die Angelegenheit soll näher untersucht werden.

Die Konditoren hielten am 7. November ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Es wurde beschlossen, das Ueberstundenwesen statistisch festzustellen; zu dem Zweck werden Fragebogen ausgegeben werden. Die Fahnensucht des Hirsch-Dunderischen und des sog. 1875er Konditorgehilfen-Vereins zwingt die Organisation, in dem Arbeitsnachweis etwas mehr Sparsamkeit walten zu lassen. Darum wurde, nachdem nunmehr die Verlegung nach Gormannstraße 28, part., vollzogen ist, beschlossen, vom 1. Dezember an die Sonntag-Büreaufstunden in Hofstraßen kommen zu lassen und nur noch täglich nachmittags von 2-8 Uhr Büreaufstunden einzurichten. Unter Verschiedenem wurde u. a. noch angeregt, Schritte einzuleiten, um einen besoldeten Verbandsvorsitzenden anzustellen.

Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands (Zahlsitzung I) hielt am 4. d. Mts. seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Reichstags-Abgeordneter Rosenow einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: Der Kapitalismus am Ende der Prosperitätsperiode und die Aufgaben der Arbeiterklasse. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Unter Verbandsangelegenheiten wurde den Speiditeuren die Entschädigung von 10 auf 15 Mark erhöht. Zum Schluß brachte Kusow noch die Arbeitsverhältnisse auf dem Von Bellevuestraße beim Kolonnenführer Zimmer zur Sprache und drückte sein Bedauern darüber aus, daß die Kollegen, welche dort arbeiten, schon früh 5 1/2 Uhr anfangen.

Nizdorf. In der Versammlung des Nizdorer Gewerkschafts-Kartells, welche am 31. v. M. stattfand, gab zunächst der Obmann den Kassenbericht für das dritte Quartal. Derselbe lautet: Einnahme 147,28 M., Ausgabe 48,67 M., Bestand am 1. Oktober 108,61 M. Nachdem wurde über die am hiesigen Ort herrschende Wohnungsnot diskutiert und nach längerer Debatte folgende Resolution einstimmig angenommen: In Anbetracht, daß es eine vornehmste Aufgabe eines Kommunalverbands ist, für seine Mitglieder für ausreichende Wohnungsverhältnisse zu sorgen, ersucht die am 31. Oktober tagende Versammlung des Gewerkschafts-Kartells von Nizdorf, welches etwa 3500 Arbeiter in 19 Gewerkschaften vertritt, den Magistrat von Nizdorf, schleunigst Maßnahmen in die Wege zu leiten, um der hier am Ort herrschenden Wohnungsnot entgegenzutreten. Die Versammlung hält es für erforderlich, daß schnellstens der Bau von Arbeiterwohnungen in Angriff genommen wird, die gegen eine angemessene Miete kinderreichen Familien, welche namentlich von der Wohnungsnot betroffen werden, zu überlassen sind. — Es folgte nun die Wahl von zwei Ausschuss-Mitgliedern; gewählt wurden Winkler (Regilarbeiter), Heintze (Steinseger). Unter „Verschiedenem“ wurde zur Sprache gebracht, daß der Fabrikant Herr Laborenz sich nicht scheut, entgegen den Abmachungen vor dem Berliner Gewerkschaftskongress, zur Zeit des Holzarbeiter-Ausstands im Frühjahr dieses Jahres, die Möbelpolierer, die bei ihm eingestellt werden, einen Mevets unterschreiben zu lassen, wonach dieselben nicht organisiert sein dürfen. Außerdem wurde das Submissionswesen einer herben Kritik unterzogen und mitgeteilt, daß Tischlermeister, welche die Tischlerarbeit auf den städtischen Werten abgenommen haben, nur deshalb billige Preise bieten, weil sie den Gesellen äußerst minimale, d. h. nicht tarifmäßige Löhne zahlen. Geheißt haben in der Versammlung die Delegierten der Bäcker und Töpfer.

Wilmersdorf. In einer gut besuchten Versammlung, die am 7. d. Mts. in Wilmersdorf tagte, hielt Jda Altman einen interessanten lehrreichen Vortrag, in dem sie besonders die Protowucherpolitik der Agrarier kritisierte. Die Diskussion bewegte sich im Sinne der Vortragenden. Als Delegierte zur Kreisversammlung wurden Johann Jdo Altman, Kraft und Giebler gewählt. Hierauf erfolgte die Abrechnung der Vertrauensperson und wurde bei der Neuwahl Gen. Behrendt mit dem Amt betraut.

China.

Die „Einigkeit“ der Mächte.

Wiewohl die Gesandten erklären, daß bei ihren Konferenzen vollkommenes Einvernehmen herrsche und sie über alle erörterten Punkte so gut wie einig seien, so liegt doch aller Grund zu der Annahme vor, daß die Besprechungen nicht über die elementarsten Fragen hinausgegangen sind und die Indemnitätsfrage noch nicht erörtert worden ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürften die späteren Verhandlungen mit den chinesischen Bevollmächtigten sich auf unberechenbare Zeit in die Länge ziehen. Jetzt können sich neue Schwierigkeiten auf. Die kleineren Mächte haben nämlich die Forderung aufgestellt, den Verhandlungen beizuwohnen zu dürfen. Diese Mächte sind: Belgien, Dänemark, Holland und Spanien. Die Mehrheit der Großmächte will aber diesem Verlangen der kleinen Mächte nicht Folge leisten. Belgien hat sich auch, wie Rußland, eine „Niederlassung“ zugeeignet.

Die Mandchurei, eine russische Provinz.

London, 12. November. Den „Times“ wird aus Peking in einer am 10. November in Taku aufgegebenen Depesche berichtet: Li-Hung-Tschang, der erst Instruktionen aus Sinau abwartet, hat auf die Mitteilung des russischen Admirals Alzejeff, in welcher China aufgefordert wird, die Zivilverwaltung der Mandchurei unter russischer Protektion wieder zu übernehmen, noch nicht geantwortet. Rußland stellt die Bedingung, daß die Wahl der chinesischen Beamten für diese Zivilverwaltung der Genehmigung Rußlands unterliegen soll, das zum Schutz der Eisenbahn und seiner sonstigen Interessen eine Truppenmacht in der Mandchurei unterhalten will. Derartige Bedingungen, wonach Rußland das Recht erhalte, etwa 40 000 Mann zum Schutz der Eisenbahn in der Mandchurei zu unterhalten, sind gleichbedeutend mit einer endgültigen militärischen Okkupation.

Die Bestrafung der „Schuldigen“

dürfte den Verbündeten noch mancherlei Schwierigkeiten bereiten. Denn auch in China hängt man keinen, ehe man ihn nicht hat. Der chinesische General Tschung-siang soll auf Wunsch der Mächte geflohen werden. Er befindet sich jetzt auf Urlaub und hat dem kaiserlichen Hofe mitteln lassen, daß wenn der Hof etwas gedenke, sich der Forderung der Mächte zu fügen und ihn enthaupen lassen wolle, er sich genötigt sehen würde, zu rebellieren. Die ganze Provinz Kansu soll auf seiner Seite stehen. Der Hof darf es mit dem gefährdeten General nicht verderben, weshalb auch die nachstehende Meldung des „Neuerischen Bureau“ sehr glaubhaft erscheint. Danach hat Li-Hung-Tschang eine Note des Kaisers von China erlangt, in welcher der Kaiser es ablehne, in die Bestrafung Tschung-siangs zu willigen. Der Kaiser wolle nur die Exekution des Gouverneurs von Schansi Juchien zugestehen. Die Note sei den Gesandten noch nicht formell mitgeteilt.

Die Verbreitung des Schreckens

wird von den abendländischen Hunnen als das beste Mittel erachtet, die Chinesen für deren Kultur zu begeistern. Es wird gemeldet: Die Hinrichtung der drei Beamten in Wutschang, des Provinzial-Schatzmeisters Liengiang, des Provinz-Verwaltungsrats Wangschang und des Kavallerie-Obersten Kiu, sowie die darauf folgende Ausstellung der Köpfe auf Pfählen, mögen auf die Eingeborenen des Bezirks Paotingfu einen tiefen Eindruck

Brandstoff für den Weltkrieg

bieten, wie wir schon mehrfach betont haben, schon jetzt der Umstand, daß bei der Jagd auf Vögel so verschiedene Methoden betrieft sind. Eine Soldatenkellerei, wie sie unter solchen Verhältnissen nicht selten ist, kann den Soldaten eben zu ernst internationalen Verwicklungen. Eine solche hat kürzlich in Shanghai stattgefunden. Einem hiesigen Blatt wird berichtet von dort gemeldet: Große Aufregung herrscht hier über folgenden Vorfall: Zwei deutsche Soldaten wurden in ein Theater durch eine englische Polizeiwache gelockt und dort überfallen. Einer erhielt einen Schuß in den Rücken, der andre wurde gehandelt und durch Gieße auf den Kopf und Fuhrtritte mißhandelt und ins Zellengefängnis gebracht. Der Hauptmann, der benachrichtigt wurde, befreite ihn. Angeblich soll von beiden Seiten versucht worden sein, die Sache zu vertuschen. Es wird behauptet, die Soldaten seien betrunken gewesen. Diese Behauptung hat sich als un wahr erwiesen. Das wahrscheinliche Motiv der That ist Raub.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Selbstmord. In Abwesenheit seiner Frau erhängte sich Montagabend um 8 1/2 Uhr der Cementarbeiter H. Hilbrecht, Dunderstr. 17. Ratzungsorgane sollen ihn in den Tod getrieben haben.

Der Vormarsch der Socialdemokratie.

Stettin, 12. November. (Privatdepesche des „Vormarsch“) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden vier Socialdemokraten gewählt: Herber, Knappe, Schmidt, Röwis. Ferner sind wir an drei Stichwahlen beteiligt. (Im Stettiner Rathhaus wird die Socialdemokratie bisher nicht vertreten, der diesmalige Sieg ist also besonders bedeutungsvoll. Red. des „V.“)

Hildesheim, 12. September. (Privat-Depesche des „Vormarsch“) Bei der heutigen Gewerbegerichts-wahl ergielten die freien Gewerkschaften 1067, die „Christliche“ Liste 587 Stimmen.

Französische Kammer.

Paris, 12. November. (W. T. W.) Gerbillon-Moche beantragt, die Beamthalter und alle Mitarbeiter der Ausstellung zu ihrem Erfolge zu beglückwünschen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Hierauf beschließt die Kammer mit 395 gegen 154 Stimmen, an vier Tagen der Woche des Vormittags und Nachmittags Sitzungen zu halten; am Vormittag wird über das Budget, am Nachmittag über die Reformvorschlagen, in der von der Regierung vorgeschlagenen Reihenfolge, beraten werden. Ausgenommen ist hieraus der Freitagnachmittag, an welchem Interpellationen auf der Tagesordnung stehen sollen.

Belg.

Alexandrien, 11. November. (W. T. W.) Heute sind die neuen Beschlüsse festgesetzt worden.

Prag, 12. November. (W. T. W.) Der „Korodni-List“-Ausschuß teilte der Präsidentschaft des Prager Civil-Landgerichts förmlichen Beschlüssen des Senats mit, daß nunmehr bei allen weiteren Verhandlungen einzig und allein die deutsche Sprache als Interimssprache angewendet werden müsse. Auch Senatsvorsitzender soll Protest erhoben haben.

Paris, 12. November. (W. T. W.) Die Regierung verfügte die strenge Ueberwachung aller aus Spanien kommender politischer Flüchtlinge und wies die Grenzbehörden an, keine karlistischen Versammlungen auf französischem Gebiet zu dulden.

Bukarest, 12. November. (W. T. W.) Heute begann die Schluß-Verhandlung in der bulgarisch-macedonischen Mordaffäre. Das Präsidium führt der Appellationsgerichts-Rat Djubasi. Das gesamte diplomatische Corps, sowie viele ausländische Zeitungs-Verredakter haben Plätze reserviert.

New-York, 12. November. (W. T. W.) Wie es heißt, ist Bryan entschlossen, an allen Versuchen teilzunehmen, die zum Zwecke der Reorganisation der demokratischen Partei unternommen werden. Seine Anhänger erklären, er habe die Absicht, ein drittes Mal seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl aufzustellen. Wie bekannt, wird der Staatssekretär Gay Votscapher in London und durch Choate oder Ross ersetzt werden.

Unterm neuesten Kurs.

- 1. Bremerhaven. 300 M. Geldstrafe Genosse Dittmann wegen Verleumdung von Polizeibeamten.
2. Jitta. Wegen Verleumdung eines Steinbruchbesizers Genosse Fischer 150 M. Geldstrafe.
3. Greiz. Genosse Feustel wegen Verleumdung eines Pastors 50 M. Geldstrafe.
4. Hamburg. 200 M. Geldstrafe Genosse Mollenbuh wegen Offiziersbeleidigung.
5. Dresden. Wegen Verleumdung des Jittauer Stadtrats Genosse Fleischer 50 M. Geldstrafe.
6. Magdeburg. 1 Monat Gefängnis Genosse Haupt wegen Verleumdung eines Offiziers.
7. Halle. Genosse Thiele 25 M. Geldstrafe wegen Verleumdung eines Gendarmen.
8. Jüterbog. 6 Arbeiter wegen Verleumdung von Streikbrechern Gefängnisstrafen von 1 Tag bis zu 2 Wochen.
9. Düsseldorf. 4 Wochen Gefängnis je 2 Arbeiter wegen Verleumdung von Streikbrechern.
10. Saalfeld. Ein Maurer wegen Verleumdung eines Streikbrechers 15 M. Geldstrafe.
11. Alsenburg. Genosse Stäcker 2 Wochen Gefängnis wegen Verleumdung des Ministeriums.
12. Halle. Wegen Verleumdung eines Lehrers Genosse Thiele 300 M. Geldstrafe.
13. Dresden. Die gleiche Strafe Genosse Fischer wegen Verleumdung eines Buchdruckereibesizers.
14. Rugsburg. Ebenso 300 M. Geldstrafe Genosse Kollwagen wegen Offiziersbeleidigung.
15. München. Wegen Rötigung der Maurer Riedl 20 M. Geldstrafe.
16. Stettin. Genosse Faber wegen zweier Verleumdungen 300 M. Geldstrafe.
17. Magdeburg. Die gleiche Strafe Genosse Albrecht-Halle wegen Verleumdung des Bürgermeisters in Staßfurt.
18. Götting. Wegen Verleumdung groben Unfugs Genosse Kläh 100 M. Geldstrafe.
19. Dortmund. 100 Mark Geldstrafe Genosse Vredenbed wegen Verleumdung des Verlegers des ultramontanen Blattes „Trenonia“.
20. Hamburg. Die gleiche Strafe Genosse Mollenbuh wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesezte.
21. Neu-Ruppin. 6 Wochen Gefängnis Genosse Schulze-Charlottenburg wegen Verleumdung eines Polizeibeamten.
22. Berlin. Genosse Kämpfer 14 Tage Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
23. Rixdorf. 2 Arbeiter je 6 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen die Bestimmungen betr. die Sonntagsbeibehaltung.
24. Hamburg. In der Revisionsinstanz Genosse Pöplow 30 M. Geldstrafe wegen Uebertretung des Verhögesezes.
25. Sorau. Wegen Verleumdung eines Fabrikanten Genosse Pappert 100 M. Geldstrafe.
26. Quidburg. Maurer Bösch wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 1 Monat Gefängnis.
27. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Thielhorn-Dannover 3 Monate Gefängnis wegen Verleumdung eines Polizeibeamten.
28. Halle. 6 Tage Haft Genosse Swienty wegen Verleumdung groben Unfugs.
29. Jwickau. In der Berufungsinstanz Genosse Sachse eine Woche Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
30. Saalfeld. 21 M. Geldstrafe Genosse Leiby wegen Verleumdung eines Fabrikanten.
31. Dortmund. Genosse Leinpeeters-Ebing 1 Monat Gefängnis wegen Verleumdung von Polizeibeamten und Gendarmen.
32. Nickerleben. Wegen Verleumdung groben Unfugs Genosse Greiner 10 M. Geldstrafe.
33. Jwickau. 200 M. Geldstrafe Genosse Albert wegen Verleumdung des Professors Johnson.
34. Offen. Der Genosse Lüdbering wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 40 M. Geldstrafe.
35. Rostock. Sechs Arbeiter wegen Verleumdung von Streikbrechern Geldstrafen von 10 bis 30 M.
36. Müggelberg. Wegen zwei Verleumdungen Genosse Hennig 80 M. Geldstrafe.
37. Ebing. Die Maurer Kost und Kriese je ein Jahr Zuchthaus wegen Verleumdung zum Meinelid.
Insgesamt wurde erklart auf 2 Jahre Zuchthaus, 1 Jahr 5 Monate 8 Wochen und 6 Tage Gefängnis, sowie 3273 M. Geldstrafe.

Frankfurt a. O. etwa fälschlich in die Sache verwickelt werden würde. Bald darauf sei jene Freundin ihrer Schwester, ein Frä. Eichart, mit Herrn Sternberg zu ihr gekommen, letzterer habe gefragt, ob sie etwas gegen ihn unternehmen wolle, und auf ihre Frage, wo ihre Schwester sei, habe sie die Antwort erhalten: „Die ist in Sicherheit.“ Auf weiteres Befragen habe man ihr gesagt, daß die Schwester in Amerika sei. Sie hat dann eines Tags den Besuch des Herrn Stierstädter erhalten, der sich erkundigte, ob sie wisse, wo ihre Schwester sei. Dann sei ein Brief ihrer Schwester aus Amerika gekommen, worin die Schwester schrieb, daß es ihr sehr lässlich dort gehe und sie zu darben habe. Sie sei deshalb mit dem Brief zu Herrn Sternberg gegangen, dieser sei sehr erschrocken gewesen, habe gesagt, die Grete dürfe

unter keinen Umständen zurückkehren und habe sofort 200 M. zur Uebersendung an die Fischer angewiesen. Als dann die Zeitungsnutzen weiter erschienen, habe sie sich hingelegt und der Kriminalpolizei mitgeteilt, daß sie den Mann, den sie suche, kenne und wisse, daß es Herr Sternberg sei. Auf die Frage des Präsidenten, ob Herr Stierstädter mit diesem Briefe das allergeringste zu ihm hatte, erklärt die Zeugin, daß sie den Brief ohne Zutun des Herrn Stierstädter geschrieben habe. Sie habe dann an ihre Schwester geschrieben, ihr Vorwürfe gemacht und sie gefragt, was denn an den Zeitungsnutzen wahr sei. Als Antwort kam der bei den Akten befindliche und schon verlesene Brief ohne Datum, von welchem ein Couvert nicht mit bei den Akten ist. Dann sei Herr Sternberg in ihre Wohnung gekommen und sie habe ihm gesagt, daß er doch nicht immer von Dankbarkeit sprechen solle, daß das, was er an der Grete thue, doch nur seine Pflicht sei. Herr Sternberg habe dies zuerst entschieden geleugnet, sie habe aber gesagt, daß die Grete doch weniger schuldig sei, als er und als sie den Brief der Grete und das, was darin stand, erwähnte, und etwas

fallen ließ, sei er sehr erschrocken gewesen und habe gesagt, er habe so wie so beabsichtigt, der Grete von Zeit zu Zeit etwas zu schicken. Herr Sternberg habe ihr dann noch einmala 800 M. gegeben, die sie mit verpacktem Brief an ihre Schwester nach Amerika geschickt habe. Die Zeugin erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß sie keine Ahnung davon gehabt habe, daß in der Wohnung ihrer Schwester, mit der sie nicht gerade sehr intim verkehrte, Unstlichkeiten stattfanden, obgleich sie mehrfach unangemeldet dort erschien. Der gegen Herrn Schneider erhobene Verdacht, daß dieser der „Maler aus Frankfurt a. O.“ sei, sei gänzlich hinfällig. Sie selbst habe gar kein Interesse daran, was hier aus diesem Prozeß werde, sie bestreite auch, in ihren Briefen die Margarete Fischer verhetzt zu haben, gebe aber zu, daß in diesen Briefen hier und da ein unparlamentarischer Ausdruck über Herrn Sternberg untergekommen sein mag. Die Angeklagte Wender behauptet, daß die Zeugin gemeinsam mit Frä. Pfeffer einen verheerenden Brief nach Amerika geschickt habe. Die Zeugin bestreitet dies und legt auf Befragen hinzu, daß Frä. Pfeffer über ihr Verhältnis zu Herrn Sternberg und dessen Verhalten ihr gegenüber genau dasselbe gesagt habe, was sie hier vor Gericht bekundet. Die Thatsache, daß die Briefe ihrer Schwester hier bei der Pfeffer eingingen, sei aus einem Wunsch des Herrn Sternberg zurückzuführen, der die Vernehmung einer

Adressat empfahl. Auf weiteres Befragen erzählt die Zeugin, daß eines Tags ein Herr zu ihr gekommen und ihr nahe gelegt habe, doch nicht zu ungünstig für Sternberg auszusagen, der doch unschuldig sei und ihr ewig dankbar sein würde. Sie habe geantwortet, sie halte Herrn Sternberg doch nicht für so unschuldig und werde nur die Wahrheit sagen. Die weiteren Aussagen der Zeugin betreffen Mitteilungen, die ihr die Pfeffer vor Jahren über die Reigungen des Angeklagten Sternberg gemacht haben soll. Justizrat Dr. Sello macht darauf aufmerksam, daß der Antrag, die sogenannten Expressbriefe unter den Skripturen des Angeklagten herauszufinden, noch nicht erledigt sei. Der Präsident teilt mit, daß dies am Mittwoch, wo keine Verhandlung stattfindet, geschehen solle. Zeugin Fischerholt noch zu, daß der betreffende Herr, der sie beeinflusst wollte, noch ein zweites Mal bei ihr gewesen sei, daß sie ihm aber die Thüre gewiesen habe, nachdem sie gehört, daß er gleichzeitig einem Fräulein Wieder 1000 Mark dafür geboten habe, wenn diese ihm

Angünstiges über die Zeugin mitteilen könnte. Außerdem führt die Zeugin noch an: im vorigen Termin habe sie erfahren, daß ihre Schwester den Verdacht ausgesprochen haben solle, der „Maler aus Frankfurt a. O.“ sei Herr Schneider. Sie habe deshalb aus England an ihre Schwester geschrieben, wie sie denn zu einer so unangenehmen Lage komme, die Schwester habe geantwortet, daß sie diesen Verdacht durchaus nicht ausgesprochen habe. Justizrat Dr. Sello stellt fest, daß dieser Verdacht auch nicht von der Verteidigung, sondern von der Polizei angeregt worden sei. Auf Befragen bekundet die Zeugin, daß sie eine Staffelei in den Zimmern der Schwester nie gesehen, daß diese sich auch nie Wägel gehalten habe. Die Schwester habe allerdings ihr Möbelarrangement öfter umgeändert.

Angeschlagter Sternberg erklärt, daß die Zeugin sich in manchen Punkten geirrt habe und zwar immer zu seinen Ungunsten. Außerdem stehe fest, daß Fräulein Margarete Fischer zuerst zu Protokoll gegeben habe, daß der „Maler“ ein Herr aus Frankfurt a. O. sei, der in der Miltstraße wohne. Nun wohne Herr Schneider in der Miltstraße, es sei also eine ungetreue Unwahrheit, wenn Fräulein Grete Fischer der Zeugin schreibe, daß sie den Verdacht gar nicht auf Herrn Schneider gelenkt habe. Der Angeklagte bestreitet alle belastenden Aussagen der Zeugin. Er behauptet, daß er gar nicht aus eigenem Antriebe zu der Zeugin gekommen sei, sondern auf eine Aufforderung des Frä. Eichart, die er vorher gar nicht gekannt habe, während sie eine Bekannte des Frä. Fischer war. Bei dieser Unterredung mit der Zeugin sei es durchaus anders zugegangen, als diese geschildert habe. Die Zeugin habe ihm bei dieser Unterredung direkt gedroht, sie würde einen angeblich von ihr ermittelten Fall eines angeblich begangenen Eittlichkeitsverbrechens an einem kleinen Mädchen zur Anzeige bringen, wenn er nicht

10 000 M. gebe. Er habe darauf gesagt, sie solle den Fall nur anzeigen, er werde sie wegen Expressung anzeigen, darauf habe die Zeugin kein Bedenken und er habe ihr gesagt, daß er das Geld, welches er für die Grete Fischer ausgereicht habe, dieser auch zu den festgesetzten Terminen schicken werde. Darauf habe er der Zeugin anbieten gegeben, nach 14 Tagen auf sein Bureau zu kommen und da habe er ihr dann die 800 M. zur Uebersendung an die Schwester ausgezahlt. Er bedauere jetzt, daß er damals nicht seinem ersten Impulse gefolgt sei und die Anzeige erstattet habe, denn dann sähe die Zeugin auf der Anklagebank und er würde als Zeuge gegen sie ausfragen.

Die Zeugin widerspricht dieser Darstellung mit großer Entschiedenheit. Sie habe nun und nimmermehr eine Expressung beabsichtigt, sondern nur aus Mitleid für ihre Schwester gehandelt. Sie habe nicht nötig, von dem Angeklagten Geld anzunehmen, sie habe sogar bei der Ubersendung der 800 Mark noch etwas Geld aus ihrer Tasche zugelegt. Der Angeklagte hält der Zeugin mit gleicher Entschiedenheit seine Behauptungen entgegen und sucht innere Unwahrscheinlichkeiten in der Aussage der Zeugin festzumachen. Diese bleibt dabei, daß alles, was sie gesagt habe, wahr sei. Angell Sternberg bleibt dabei, daß die Zeugin voll und ganz gegen ihn erfüllt und mit der Pfeffer innig befreundet gewesen sei. Die ganze Form des angeblich von der Zeugin angeführten

Denunzationsbriefs deute darauf hin, daß ein Mann die Hand dabei im Spiele gehabt habe. Wenn er wirklich etwas bezugnen hätte, dann würde er, der nach der aufgestellten Behauptung später

Hunderttausende für Recherche ausgegeben haben soll, nach dieser Unterredung, bei welcher er angeblich „erbleicht“ sein soll, sich gewiß schleunigst mit der Zeugin verständigt haben. Statt dessen habe er die Zeugin erst nach 14 Tagen auf sein Bureau bestellt und dort ganz ordnungsmäßig die fälligen 800 M. ausgezahlt. In dem Denunzationsbriefe stehe auch wieder, daß er „wegen solcher Sachen schon vorbestraft“ sei; das sei grundsätzlich, thatsächlich sei er innerhalb 20 Jahre zweimal in so unangenehme Sachen verwickelt worden, es stehe aber fest, daß er beide Male durchaus gerechtfertigt aus denselben hervorgegangen sei. Der Vorsitzende hält dagegen dem Angeklagten vor, daß er sich doch

nicht so ganz makellos fühlen solle; es seien doch in der Verhandlung schon viele Dinge vorgekommen, die auf einen verheirateten Mann ein böses Licht werfen müßten. — Angell Sternberg: Er gebe zu, die Gebote der Jugend und der Ehe nicht immer gehalten und sich in dieser Beziehung vergangen zu haben, der Gerichtshof werde aber doch einen Unterschied machen zwischen Schritten und strafbaren Handlungen.

Zwischen dem Angeklagten und der Zeugin kommt es noch zu erregten Auseinandersetzungen. Die Zeugin bleibt dabei, daß sie die Wahrheit gesagt habe. Sie sei auf Grund der Zeitungsnutzen freiwillig aus England zurückgekehrt, damit nicht auf ihr oder Herrn Schneider etwas sitzen bleibe. Der Angeklagte führt noch eine große Reihe von Momenten an, um seine Behauptung zu unterstützen, daß die Aussage dieser Zeugin voll innerer Unwahrscheinlichkeit sei und keinen Glauben verdiene. Er bleibt dabei, daß die Zeugin mit der Pfeffer Hand in Hand arbeite und daß beide von intensiver Feindschaft gegen ihn, verbunden mit praktischen Erwägungen, getrieben würden.

Die Verteidigung stellt noch durch eine Reihe von Fragen fest, daß Herr Schneider, der jetzt in Ehecheidung liege, Hans, Jean und Kinder verlassen habe und mit der Zeugin nach England gegangen sei.

Es wird dann noch einmal der Brief verlesen, den die Margarete Fischer aus Amerika an ihre Schwester geschrieben hat. In demselben ist von einem zwölfjährigen Mädchen die Rede, die Verteidigung sucht aber an bestimmten Momenten nachzuweisen, daß die Stelle dieses Briefes sich gar nicht auf die Frieda Woyda beziehen könne, sondern wahrscheinlich auf die damals schon 14-jährige Ehler.

Die Beweisaufnahme greift hierauf nochmals auf die Erzählungen zurück, die die Frieda Woyda über ihre Erlebnisse mit dem „Maler“ ihren Mitschülerinnen gemacht haben soll. Die kleine

Clara Krause weiß nur, daß Frieda, als sie gefragt worden, warum sie denn aus der Schule so oft abgeholt werde, gesagt habe: sie habe bei einem Herrn Modell stehen müssen und sie sei gemalt worden. Frieda habe aber nichts Näheres erzählt, namentlich auch nichts von Unstlichkeiten mitgeteilt. — Frieda Woyda bestreitet, daß sie vom „Modellstehen“ gesprochen habe. „Sie wußte ja gar nicht, was ein Modell sei.“ — Clara Krause bleibt ihrer Behauptung und weiß auf Befragen des Vorsitzenden recht anschaulich darzulegen, was sie unter dem Begriff „Modell“ versteht. Justizrat Dr. Sello hält der Frieda Woyda vor, daß sie dieser Zeugin gegenüber wieder etwas anderes erzählt habe, wie anderen.

Eine andre Mitschülerin, Grete Lorenz, hat von Frieda Woyda selbst auch nur vom „Modellstehen“ gehört; alle sonstigen Einzelheiten, die sie anderen Freundinnen mitgeteilt haben soll, müßte sie von anderen Schülerinnen gehört haben. Woher die letzteren ihre Kenntnisse hatten, wisse sie nicht. — Frieda Woyda bleibt dabei, daß sie das alles nicht erzählt habe; sie habe gar nicht gewußt, was Modellstehen ist, dagegen habe Grete Lorenz erzählt, daß ihre Schwester schon Modell gestanden habe. — Die Zeugin erklärt dies für unwahr.

Nach kurzer Pause wird auf Antrag der Verteidigung und des Staatsanwalts beschlossen, noch einige neue Zeugen zu laden.

Der Zeuge Redacteur Rud. Cuno von der „Berl. Ztg.“ war als Zeuge darüber vorgeschlagen worden, daß Herr Sternberg ihm gegenüber zugestanden haben soll, etwas mit der Woyda vorgehabt zu haben. Zeuge erklärt, daß dies nicht der Fall sei. Herr Sternberg sei nur ein einziges Mal auf der Redaktion gewesen, um gegenüber den aggressiven Zeitungsartikeln ihm Informationen zu erteilen. Der Zeuge hat die Entgegennahme solcher Informationen abgelehnt, darauf hat Herr Sternberg mit dem Verleger gesprochen und diesem die Versicherung abgegeben, daß er kein Verbrechen begangen habe.

Genau so negativ sollen die Befundungen der über dasselbe Thema vorgeladenen Zeugen Redacteurs Dr. Drehmer und Wolter aus. Wer sich nun veranlaßt gesehen hat, in zwei anonymen, an die Staatsanwaltschaft gelangten Postkarten auf diese Zeugen hinzuweisen, bleibt eine offene Frage.

Die alsdann vernommene alte Frau Blümke, die Mutter des Zeugen Blümke weiß zur Sache nicht viel mitzuteilen, namentlich nicht, ob auf das Kind Frieda eingewirkt worden ist. Sie hat der letzteren eingeschärft, die Wahrheit zu sagen; das Kind habe ihr gesagt, sie habe das erste Mal die Unwahrheit gesagt und sage dießmal die Wahrheit. Auf Befragen des Staatsanwalts erklärt die Zeugin, sie habe wohl manchmal fremde Leute bei ihrem Sohn gesehen, wisse aber nicht, was diese mit ihm gesprochen. Sie habe ihren Kindern gesagt, sie seien zwar arm, aber sie sollten ehrlich bleiben, sich auf nichts einlassen und die Frieda zur Wahrheit ermahnen. Auch Stierstädter sei mehrmals in der Wohnung gewesen. Frau Blümke schildert ihren Sohn als einen guten und ordentlichen Menschen, der ein ruhiges, geordnetes Eheleben führe.

Der Zeuge Ehler, Vater der 16-jährigen Ehler, schildert seine Tochter als ein schon

jung verdobernes Mädchen. Er habe sie züchtigen müssen, sie habe sich umhergetrieben, gelogen, Schulden auf den Namen der Eltern gemacht und er habe sie auch deshalb züchtigen müssen. Sie sei dann weggegangen und er habe die Thatsache der Polizei mitgeteilt. Der Schuhmann Stierstädter habe ihm gesagt, er solle doch mal nach der Alexandrinenstraße 1b gehen und sehen, ob das Mädchen etwa bei der Fischer sei. Er habe dies auch gethan, aber ohne Erfolg. Infolge dessen habe er der Staatsanwaltschaft angezeigt, daß das Mädchen vagabondiere und habe dann den Bescheid erhalten, daß das Mädchen ergriffen sei und als krank nach der Charité gebracht werden müßte. Der Zeuge hat dann die Frau Schnörwange bei der das Mädchen sich aufgehalten hatte, wegen gewerbsmäßiger Stupperei angezeigt. In dieser Sache habe die Tochter einmal längere Zeit auf dem Gerichtshof verweilt und nachdem er eine Zeit lang mit ihr gesprochen, habe der Schuhmann Stierstädter ihn gebeten, sie auf kurze Zeit mit ihm allein zu lassen. Der Schuhmann Stierstädter habe dann mit dem Mädchen längere Zeit gesprochen und das Mädchen habe wiederholt mit dem Kopf geschüttelt. Am nächsten Tage habe das Mädchen brieflich mitgeteilt, daß sie sich mit dem Schuhmann noch sehr geant, er habe auf sie eingeredet, ob sie denn nicht bei dem Frä. Fischer in der Alexandrinenstraße wohnen und nicht mit dem Maler aus Frankfurt a. O. verkehrt habe. Der Zeuge hat seine Tochter dann auch im Krankenhaus besucht, sie sagte aber immer, ein Maler aus Frankfurt a. O. sei ihr gar nicht bekannt, ebenso kenne

Prozeß Sternberg.

Der heutigen Sitzung, die Landgerichts-Direktor Müller um 9 1/2 Uhr eröffnet, wohnte der Oberstaatsanwalt Dr. Wachler bei. Unter den aufgerufenen Zeugen befand sich auch die bisher nicht in Berlin weilende unverschleihte Alara Fischer, ebenso der mehrfach genannte Herr Schneider. Beide sind in London zum Beweise dafür geladen worden, daß es nicht richtig sei, daß Herr Schneider der „Modellmaler“ gewesen oder daß die Denunziation im Falle Woyda von diesen beiden Zeugen eingereicht worden sei. Einige andre neu geladene Zeugen sollen über die Vergangenheit beziehungsweise die Glaubwürdigkeit des Schuhmanns Stierstädter vernommen werden. Ehe die Beweisaufnahme fortgesetzt wird, tritt der Zeuge Schindler vor, um nochmals auf die Aeußerung, die Frieda Woyda eines Tags zu dem Barbiergehilfen gemacht haben soll, zurückzukommen. Der Zeuge sowohl, wie seine Ehefrau halten es für möglich, daß das Mädchen nur den Anspäßer für den Gehilfen gemalt habe, irgend etwas Bestimmtes darüber kann aber nicht festgestellt werden. Als Zeugin wird

Alara Fischer vernommen. Sie ist 35 Jahre alt, Zeugin bestreitet, daß sie das Verfahren im Falle Woyda veranlaßt habe. Sie habe Herrn Sternberg jahrelang nicht gesehen, bis eines Tags ihre Schwester mit der Angeklagten Wender bei ihr erschienen und ihr den in der „Morgenpost“ erschienenen Artikel zeigte, in welchem von der Fournonon, von dem „Maler aus Frankfurt a. O.“ und Unstlichkeiten die Rede war. Auf die Frage der Zeugin, ob denn das alles wahr sei, habe die Schwester gesagt, es sei vieles erlogen, auf die weitere Frage, wer denn der in dem Artikel bezeichnete Mann sei, habe sie den Namen des Herrn Sternberg genannt. Die Schwester sei sehr erregt gewesen und habe gemeint, sie müsse so schnell wie möglich weg. Sie sei denn auch aus Berlin verschwunden und ließ längere Zeit nichts von sich hören. Als die Zeugin nun weiter die Zeitungsaufgaben las, in welchen immer die Rede von einem Herrn aus Frankfurt a. O. war, habe sie sich an eine Freundin ihrer Schwester gewandt, um sie zu fragen, wo sie wisse, wo Margarete Fischer sei. Bei dieser Gelegenheit habe sie erklärt, daß sie wisse, wer der betreffende Mann sei, und es sagen würde, wenn der Herr aus

Se auch die Fischer nicht. — Präsi.: Dem Sie nun hören, daß Ihre Tochter hier auf eindringliches Befragen des Staatsanwalts endlich gesagt hat, daß sie in der Alexandrinstr. 13 bei der Fischer mit Sternberg verkehrt habe. — Zeuge Ehler: Entweder hat sie den Staatsanwalt belogen oder nicht. — Präsi.: Hedwig Ehler, haben Sie uns hier vorgelesen die reine Wahrheit gesagt? — Zeugin Ehler: Jawohl! — Der Zeuge schildert seine Tochter als ganz ungläubig. Sie habe das erste Mal zugestanden, indem ihre belästigenden Aussagen gemacht, um zum Termin aus Kottbus zu werden. Nach einem Brief des Anstaltsdirektors habe sich seine Tochter so betragen, daß es sich mit Worten nicht sagen lasse, sie sei arbeitslos, böswillig, zerfallene Fenstercheiben, zerbrochene Kannen etc. wären ihr Werk gewesen. Der Zeuge beruft sich auf die Oberin der Anstalt in Brandenburg dafür, daß die Tochter auch dieser gegenüber erklärt habe, mit Herrn

Sternberg nicht zu thun

gedacht zu haben. Er sei selbst in Brandenburg gewesen und habe das Mädchen unter Hinweis auf das achte Gebot zur strengsten Wahrheit ermahnt. Vor 5-6 Wochen habe er einen Brief von dem Mädchen erhalten, in welchem sie erklärte, daß sie nie mit einem Sternberg zusammen gewesen sei. Das Mädchen habe auch ihm selbst und ihrer Stiefmutter allerlei böse Dinge nachgesagt. — Auf eingehendes Befragen des Staatsanwalts erklärt der Zeuge, daß von seiner Seite auf ihn eingewirkt worden sei und daß der Schuttmann Stierstädter vier- bis fünfmal bei ihm gewesen sei. — Auf Befragen des Justizrats Dr. Sello bestätigt der Zeuge, daß seine Tochter leicht Thränen bei der Hand habe und auch ihm gegenüber mit Thränen in den Augen Lügen als Wahrheiten beteuert habe. — Der Zeuge wird nochmals hin- und hergefragt, ob er irgendwie beeinflusst sei oder direkt oder indirekt mit Sternberg in Verbindung stehe. Der Zeuge verneint dies bestimmt. Auf weiteres Befragen gibt er an, daß er bis vor kurzem in einer Versicherungsanstalt thätig war, diese Stellung aufgegeben habe, weil er seinen Namen durch diesen Prozeß geschändet sah und sich jetzt mit privaten schriftlichen Arbeiten beschäftige. Jeder Einzelheiten seiner Aussage kommt es zwischen ihm und dem

Schuttmann Stierstädter

zu lebhaften Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Zeuge andrückt: „Herr Stierstädter, Sie werden mich doch hier nicht zum Lügner stempeln wollen, ich siehe unter meinem Eide!“ — Der Präsi. dringt nochmals sehr ernstlich darauf, daß Hedwig Ehler ihm sagen möge, was denn nun die Wahrheit

sei. — Die Zeugin erklärt: ihre vorgestrichene Aussage sei die wirkliche Wahrheit, früher habe sie nur aus Furcht vor ihrem Vater und auf Grund der Instruktionen des Herrn Ebstein die Unwahrheit gesagt. — Im weiteren Verlauf seiner Aussage, bei welcher die Rechtsanwältin Dr. Sello, Heinemann, Dr. Werthauer und Frau S. I. zahlreiche Zwischenfragen stellen, bestätigt der Zeuge auf Anregung des Staatsanwalts, daß er sich nach seinem Besuche in Brandenburg die Bekanntschaft seiner Tochter von dieser habe schriftlich geben lassen. Diese schriftlichen Aufzeichnungen habe er einem Manne ohne Entgelt überlassen, der sich eines Tags bei ihm nach der Tochter erkundigt und den er für einen Kriminalbeamten gehalten habe. — Auf Antrag der Verteidigung soll die Oberin der Brandenburgischen Anstalt vorgeladen werden, die Zeugin Ehler regt an, auch zwei Aufseherinnen des Moabitier Untersuchungsgefängnisses zu vernehmen, denen sie bei der ersten Verhandlung die ganze Wahrheit gesagt habe. — Staatsanwalt Kraus hält es für ganz unverständlich, daß der Zeuge am 8. November schon eingehende schriftliche Bekanntschaft seiner Tochter in Händen hatte und dennoch 4 Monate später einen Strafantrag gegen Herrn Sternberg wegen

Verführung seiner „unbescholtenen“ Tochter

stellte. Rechtsanwalt Fuchs I hält diesen Widerspruch dahin auf: Hedwig Ehler habe bei ihrer ersten Vernehmung Herrn Kriminalkommissar v. Tressow gesagt, ihre erste Begegnung mit Sternberg habe im Sommer 1899 stattgefunden, diese Aussage habe dem Zeugen vorgelesen und er möchte wohl der Ansicht gewesen sein, daß seine Tochter zu jener Zeit noch unbescholten war. — Zeuge Ehler giebt noch an, daß einmal ein Herr zu ihm gekommen sei und ihm gesagt habe, wenn er in der Sternberg'schen Sache thätig sein wolle.

Könne er sich Honorar verdienen.

Er habe dies aber abgelehnt. — Justizrat Dr. Sello stellt durch Befragen des Schuttmanns Stierstädter fest, daß die Zeugin Boyda diesem mal gesagt habe, sie habe einmal bei einer bestimmten Gelegenheit das Kattunkleid der Angeklagten Wender angehabt, eine Angabe, deren Unwahrheit sich schon aus der grundsätzlichen Körpergröße der Angeklagten Wender ergebe.

Auf Antrag des Staatsanwalts wird die Aussage des Zeugen Ehler, soweit sie sich auf etwaige Beeinflussungsversuche bezieht, protokolliert. Die Rechtsanwältin Dr. Wendel und Heinemann betonen, daß sich die Verteidigung auf diesen Zeugen nicht berufen habe, derselbe vielmehr mitten in der Verhandlung vom Staatsanwalt herbeigeholt worden sei.

Hierauf wird die Verhandlung um 5 Uhr vertagt. Von morgen an wird die Verhandlung im kleinen Sitzungszimmer Nr. 55/56 fortgesetzt werden, da der große Schwurgerichtssaal vom Schwurgericht des Landgerichts I, der kleine Schwurgerichtssaal vom Schwurgericht Berlin II in Anspruch genommen wird.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 6. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zwei Projekte. — Kommunale Wohnungspolitik. Von Paul Hirsch. — Der Kohlenwucher und die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus. Von R. Kautsch. — Arbeitsteilung und Frauenrecht. Ingleich ein Beitrag zur materialistischen Geschichtstheorie. Von Heinrich Cunow. (Schluß). — Berliner Theater. — Notizen: Kosten der Kohlenproduktion in verschiedenen Ländern. Von P. R. Grempe. Die Handelsknoten der wichtigsten Nationen. — Heiligkeit: Wie die Heimat stirbt! Bilder aus dem Osten von Fritz Strommel. (Schluß).

Dr. Franz Oppenheimer: „Das Bevölkerungsgesetz des I. R. Malins und der neueren Nationalökonomie.“ Darstellung und Kritik. Berlin 1901. Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften. Dr. John Edelheim. Preis 1,50 M.

H. G. May: „Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“ Mit 130 Tabellen und vergleichenden Uebersichten. Berlin 1901. Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften. Dr. John Edelheim. Preis 1,50 M.

Dr. Sacher: „Die Massenarmut. Ihre Ursache und Beseitigung.“ Berlin 1901. Akademischer Verlag für sociale Wissenschaften. Dr. John Edelheim. Preis 1,50 M.

Witterungsüb. erl. vom 12. November 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.
Stettin	762	W	2	Dunkl.	5	Warschau	757	W	2	Regen	2
Breslau	761	SW	3	Regel.	2	Petersburg	768	W	3	Regel.	-1
Berlin	762	W	2	Regel.	6	St. Petersburg	753	W	3	Regen	11
Königsberg	765	W	1	Regel.	3	Odessa	—	—	—	—	—
München	763	W	3	Regen	4	Paris	—	—	—	—	—
Wien	761	W	2	Regel.	4	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Dienstag, den 13. November 1900. Teils besser, teils neblig bei mäßigen südlichen Winden, etwas kälterer Nord- und steigender Tagestemperatur; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Zur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 13. November.
Opernhaus. Cavalleria rusticana. Beginn Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der wilde Reutlinger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroß). Die Fiebermaus. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Nacht der Finsternis. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Die Mission. Anf. 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neuers. Gerda. Anf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Baccaccio. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Faust. Anfang 8 Uhr.
Secessionstheater. Der Tod des Tintagiles. Ein Heiratsantrag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Liebes Schlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Meine Tochter. Vorher: Mein Stern. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Der Eigenerbaron. Anf. 7 1/2 Uhr.
Carl Weich. Faustrecht und Landfriedensbruch. Anfang 7 1/2 Uhr.
Selle-Alliance. Grad e Tod und wert. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verteilte Welt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anf. 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die Regimentsnummer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. China in Berlin. Anfang mittags 12 Uhr.
Urania. Tautenk. 18/19. (Im Theaterland) Abends 8 Uhr: Auf den Wogen des Ozeans. Im Ortoal: Wie soll man heizen. Invalidenstr. 57/62. Der Mond. Son & Graff. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Central-Theater

Die Geisha.
Operette in 3 Akten von S. Jones.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch, Donnerstag, Freitag: Die Geisha.
Sonntag, den 17. November zum erstenmal: Der Brautvater.
Gejangsposse in 3 Akten von Adolf Hofe und D. Plakbeder.

Thalia-Theater

Dresdenerstr. 72.
Der Liebes Schlüssel.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater.

Um 9 Uhr:
Fräulein Loreley.
Ferner:
Chavita. * Madge Ellis.
Um 8 1/2 Uhr:
The Josephis
unerreichte Fesselsprenger.
Cäcille Carola.
Sullivan u. Aranka.
10 Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Montag November!
Gr. Konkurrenz-Programm!
Neu! 8 1/2 Uhr! Neu!
Die Regimentsnummer
Posse mit Gesang von M. Reichardt.
Schlabach, Schlabachermir:
Direktor Richard Winkler.
Durchweg lauter Schläger!
Gisella,
preisgekröntes Ges.-u. Tanz-Quartett.
Miss Rosa Bonnet und der kleine Will. Ringhumer.
Horley-Trio, Musik-Genre-Att.
12 erstklassige Schauummern.
Anfang: Necht 7 1/2, Sonntag, 8 Uhr.
Entrée: 50 Pf.

Cirkus Schumann.

Heute, Dienstag, den 13. November: abends 7 1/2, 8 Uhr:
Gala-Vorstellung.
Ganz einziges Programm. Auftreten sämtlicher neu engagierten Spezialitäten, u. a.:
Der Löwen-Baron.
Vorführung der ausserordentlich unerreichbarst Originaldressuren des Dir. Alb. Schumann.
Zum Schluss zum 52. Male: Das größte Wasser-Schauspiel der Gegenwart, der Schläger der Saison: CHINA.
Bilder aus der Gegenwart in 3 Abteilungen vom Hofballermeister A. Siems mit nie gekennener Pracht, inszeniert und mit ganz neuen Wasser-Effekten versehen vom Direktor Alb. Schumann.
Südmischen Beifall entsetzt allabendlich die neue Einlage: Erkundung der groß. Chinesischen 20 Fuß hohen glatten Mauer. (Hilfing der deutschen Flagge). Die größte Attraktion der Gegenwart. Beginn der Pantomime 9 1/2 Uhr.

Der Löwen-Baron.

Vorführung der ausserordentlich unerreichbarst Originaldressuren des Dir. Alb. Schumann.
Zum Schluss zum 52. Male: Das größte Wasser-Schauspiel der Gegenwart, der Schläger der Saison: CHINA.
Bilder aus der Gegenwart in 3 Abteilungen vom Hofballermeister A. Siems mit nie gekennener Pracht, inszeniert und mit ganz neuen Wasser-Effekten versehen vom Direktor Alb. Schumann.
Südmischen Beifall entsetzt allabendlich die neue Einlage: Erkundung der groß. Chinesischen 20 Fuß hohen glatten Mauer. (Hilfing der deutschen Flagge). Die größte Attraktion der Gegenwart. Beginn der Pantomime 9 1/2 Uhr.

CHINA.

Bilder aus der Gegenwart in 3 Abteilungen vom Hofballermeister A. Siems mit nie gekennener Pracht, inszeniert und mit ganz neuen Wasser-Effekten versehen vom Direktor Alb. Schumann.
Südmischen Beifall entsetzt allabendlich die neue Einlage: Erkundung der groß. Chinesischen 20 Fuß hohen glatten Mauer. (Hilfing der deutschen Flagge). Die größte Attraktion der Gegenwart. Beginn der Pantomime 9 1/2 Uhr.

URANIA

Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Auf den Wogen des Ozeans.
Im Hörsaal:
Wie soll man heizen.
Von Dr. Nass.
Invalidenstr. 57/62:
Der Mond. Von K. Graff.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS

PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Neu! Dahomey-Dorf. Neu!
38 wilde Wälder von der Leibgarde des Königs Behanzin. Kriegs- u. Gefechts-Szenen, Exerzitionen, Nationaltänze.
Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 3-10 Uhr stündl.
„Allerseelen“, neue Illusion!
Russ. Damenkapelle Zarina.
Entrée 50 Pf.
Militär u. Kinder 25 Pf.

Passage-Theater

D-Vorstellung
ununterbrochen von 12 Uhr mittags bis 11 Uhr nachts.
Jenseits d. krummen Lanke.
3. Seebataillon 2. Compagnie
12 Debüts
erster Spezialität.

Passage-Panopticum

gebildet von 9 Uhr morgens bis 11 Uhr nachts.
China in Berlin.
Chinesischer Marktplatz mit chinesischem Theater.
Die Katze und der Engel.
Eintrittspreis f. Theater (soweit der Raum reicht) einschließlich Panopticum 50 Pf.

Jede Taschenuhr reinigen

od. Feder einl. 1.50 M. umt. Gar. Gold-Damen-Uhren 15-100 M. Uhrenreine silberne Uhren 5.50 M. Teilzahlung gestattet.
G. Paetzel,
Wollstraße 14, nahe Spittelmarkt.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur schiffliche. Richtung: Sonntag 8 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hatt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Charlottenburg!

Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. [524]•

Möbel und Polsterwaren.

Großes Lager Gebirgen Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt A. Schulz, Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung!
Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 Mk. Plomben 1.50 Mk. Teilzahlung wöchentl. 1 Mk. Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7.

Metropol-Theater.

Zum 126. Male:
Verkehrte Welt!
Ausstattungsoperette in 6 Bildern mit der originellsten, prachtvollsten Frauenparade.
Vorher:
Das brillante voll-tändig neue November-Specialitäten-Programm.
Bonhair-Truppe
Alice Berley
Brüder Pantzer etc. etc.
Beginn der Vorstellung 8 Uhr, der Operette 9 Uhr 15 Min. Rauchen überall gestattet.

W. Noacks Theater.

Braunstraße 16.
Der Bettelstudent von Berlin.
Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Braun u. Busse. Musik v. Franke.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Mittwoch: Der Hüttendiesler.

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.
Jeden Dienstag Jeden Donnerstag
Norddeutsche Sänger.
Bogler, Wolff, Hohenberg etc. *
Nachher: Tanz. W. Trapp.

Sanssouci

Kottbuserstrasse.
Donnerstag, Sonntag u. Montag: Hoffmanns Nord-Sänger.
Nord jeder Sotree: Tanzkränzchen.
Wochentags Tanz frei.
Dienstag, den 13.: Extra-Vorstellung zum Behen einer Weihnachtsbescherung armer Kinder. Die ganze Einnahme ohne Abzug verbleibt dem guten Zweck.

Cirkus Busch

Dienstag, den 13. November, Anfang 7 1/2 Uhr:
Grosser Sports-Abend.
Beginn der Pantomime 10 Uhr.
Berliner Landpartien
Mit über 100. Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten.
Besonders hervorzuheben:
Die höheren Töchter in der Schwimmbadstube.
Nur noch dreimaliges Auftreten des Prof. Hermann!
Vorführung seiner sensationellen Demonstrationen:
Festlegung und rätselhafte Entfesselung eines Sträflings.
Die Blinden aus dem verschloß. Reifekoffer mitten in der Manege.
„Ararat“, arabischer Volkstanz-Schmuckstück, in der hohen Schule geritten von Herrn Burkhards-Hoist. — Ritt Pala-Vee. Schultretterin. — Ritt Spampani mit ihrem Springpferd. — Auftreten der Reifekoffer-Reiterinnen: Mrs. Kubalufia und Mrs. Clarke sowie der Reifekoffer-Reiter: Mr. Charles Clarke, Theobaldovits, Sedini und The Little Toney. — Vorführung aktueller Silber durch das amer. „Bioscope“.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger.
Zum Schluss: (nur noch kurze Zeit!) Excellenz kommt! Anfang 8 Uhr. Sonnt. Konzert.

Cirkus Jansly.

Schöneberg, Hauptstrasse, vis-a-vis dem Rathaus.
Donnerstag, den 15. November, abends 8 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.
Täglich 4 ausländische Kapellen 4 Gr. Theater-Vorstellung.

Deutsche Konzerthallen

Dresdenerstr. 128, — nahe Kottbuser Thor. — Kaffee 15, Bier 10; ca. 50 biestige u. andwärtige Zeitungen; zwei Billards (Berlin), Grunde 40 Pf. Zahlreiche Freie Volkstänze.

Café Schurig,

Riesens-Stofflager
Krausensir. 14 I. Etage, fertigt nach Mass unter garantiertem Sitz: Hochlegante Winterpaletots für 35 M. Hochlegante Anzüge für 30 M. Hochlegante Beinkleider für 10-12 M.

Von jetzt ab

Sprechzeit an Sonntagen nur v. 9-1 1/2 Uhr.
Dr. med. Laskers
9524 Institut, BERLIN, Alexanderstrasse 42.

Bruch-Pollmann

empfehlte sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt. Telefon 529924 für Ort- und Hilfs-Krankentosten. Berlin C.

30. Finien-Strasse 30.

5 1/2 Bld. Brot 50 Pfg.
H. Albrechts Bäckerlo. 19. Wrangeistr. 9, Krausstr. 12. Goldenlehnstr. 28, Vauherstr. 2.

Gelegenheitskauf.

Vorjährige Winterpaletots in schwarz und blau Götting, gute Qualität, II reibig, eleganter Sitz. [58900] für Herren . . . M. 15.— Jünglings-Paletots „ 10,50 J. Reisser, Friedrichstr. 24.

Stempel-Fabrik

von 552504 Robert Hecht, Berlin S., Cronenstr. 112, liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen-Verfertigung zum Zusammenlegen einzelner Wörter samt ganzer Sätze von 1.50 M. an.

Empfehle meine diesjährigen

Edel-Kaffee, vorzügl. ged. in Wohl, Klingen, Anare, Schödel u. feiner Weife, a St. 6, 7, 8, 9 u. 10 M. 1884 a 1.60 M. Garantie für feinsten Sängern u. für gesundes Eintreten. Erwa nicht Gefallendes gabte Beitrag zurück oder Umtausch. 7845 Frau Bertha Georges, Thale (Sax).

Deutsche Kaffee-Mischung

einzig in seiner Art. à Pfd. 40 Pf.

Deutsche Kaffee-Rösterei

A. Pennitz, Berlin C., Rosenhulerstr. 5b und mit Placat versehenen Handlungen. [58900]

Riesens-Stofflager

Krausensir. 14 I. Etage, fertigt nach Mass unter garantiertem Sitz: Hochlegante Winterpaletots für 35 M. Hochlegante Anzüge für 30 M. Hochlegante Beinkleider für 10-12 M.

III. Wahlkreis. Socialdemokratischer Wahlverein.

Heute abend, im „Apollo-Zaal“, Sebastianstr. 39:

Verammlung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15:

Vertrauensmänner-Verammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Die socialpolitischen Aufgaben der Gewerkschaften. Ref.: Kollege Robert Schmidt. 2. Verfassung und Differenzen. Verbandsangelegenheiten.

Verbandsbuch nebst Mitgliedsbuch legitimiert.

Jede Werkstatt ist verpflichtet, einen Vertrauensmann zu entsenden.

Die Ortsverwaltung.

Vereinigung der Maler etc.

Dienstag, den 13. November cr., abends 8 1/2 Uhr, in den Arminkallen, Kommandantenstraße Nr. 20/21:

Mitglieder = Verammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Anträge. Die regelmäßigsten Mitgliedsversammlungen finden jeden zweiten Dienstag im Monat statt.

Die Ortsverwaltung. J. K.: Joh. Plum.

Achtung! Decateure. Achtung!

Mittwoch, den 14. November, abends 7 1/2 Uhr:

Oeffentl. Verammlung

im Lokale des Herrn Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.

Tages-Ordnung:

1. Die Wahrgeschehen in unserer Filiale und der Beschluß des Vorstandes der Arbeitgeber. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Berufskollegen, in dieser Verammlung zu erscheinen.

Achtung! Kistenmacher. Achtung!

Heute, Dienstag, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Verammlung

im Lokale von Stechert, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom Streit. 2. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Kollegen, der wichtigsten Tagesordnung wegen, ist Ehrenpflicht.

Der Einberufer: Karl Juchel, Rummelsburg, Rantstr. 40.

Verein aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche

Berlins und Umgegend.

(Zuschneider, Zuschneiderinnen, Näherinnen, Plätterinnen, Wäscherinnen, Stempelerinnen, Einsteamerinnen usw.)

Mittwoch, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr.

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Walded Manasse über „Kürier Rot in Stadt und Gemeinde“. 2. Diskussion. 3. Antrag des Vorstandes. 4. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

251/12

Der Vorstand.

Die Geschäftsstellen des Vereines befinden sich bei: M. Stanowski, NO, Göchlerstr. 48; C. Herat, NO, Landwehrstr. 1; W. Gue, O, Weißbischtr. 5; A. Leopold, N, Invalidenstr. 15; Frau E. Heib, N, Chorinerstr. 3; Frau E. Hill, N, Reinickendorferstr. 60; Frau H. Budow, SW, Kündstr. 11; Vaden; H. K. Seiler, SO, Hegnitzerstraße 11; in Weissenhof bei Spedmann, Königs-Chaussee; Kassierer P. Keller, Strahburgerstr. 51; in Steglitz bei H. A. Her, Adolfsstr. 10.

Fliesenleger!

Donnerstag, den 15. November, abends 8 Uhr, bei Schulz, Grenadierstraße Nr. 33,

Mitglieder-Versammlung des Vereins der Mosaik-Fliesenleger

Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Ad. Hoffmann über: Weltpolitik, der Krieg in China. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

63/13

Der Vorstand.

Chefredacteur.

Für ein süddeutsches Parteiblatt wird ein wissenschaftlich gebildeter und durchaus zur Leitung befähigter Chefredacteur gesucht. Stellung dauernd und angenehm. Offerten unter G. I an die Expedition des „Vorwärts“.

1183*

Charlottenburg.

Donnerstag, 15. Nov., abds. 8 Uhr, in der Gambiriusbrauerei, Wallstraße 94:

Volks-Versammlung für Frauen und Männer.

Tages-Ordnung:

Der Kohlenwucher, die Arbeiterinnen und die Socialdemokratie. Referentin Frau Dunker-Beipig. 2. Diskussion. 204/10

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vertrauensmann.

Tanzlehrerverein „Solidarität“.

Dienstag, den 20. November 1900:

8. Stiftungsfest

in Klems Festalen, Hofenstraße 13-15.

Um 10 Uhr: Pause,

nach derselben große Festpolonaise.

verbunden mit verschiedenen Ueberraschungen.

Zur Aufführung gelangen die neuesten Hunds- und Gesellschaftstänze, u. a.: Guldigungs-Reigen, Gavotte Louis XIV., Kofoko Rheinländer. — Anfang 9 Uhr. Hierzu ladet ergebenst ein

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes.

Einladung.

Dienstag, 20. Novbr., abends 8 1/2 Uhr, findet in den Remisbahnen, Kommandantenstr. 20, gemäß § 52 des Statuts, eine

Ordentl. Generalversammlung der Vertreter der Arbeitgeber und Kassenmitglieder

statt. 1000b

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes. 2. Ergänzungswahl zum Vorstande für die Jahre 1901 und 1902 für die ausstehenden Vorstandsmitglieder, und zwar aus der Gruppe der Arbeitgeber die Herren Stelldinger und Schmidt, aus der Gruppe der Kassenmitglieder die Hrn. Dähne, Simanowski, Krill, Lehmpfuhl und Hänel. 3. Wahl des Rechnungsprüfers. 4. Mitteilungen des Vorstandes. 5. Verschiedenes.

Berlin, den 9. November 1900.

Der Vorstand.

A. Dähne, Vorsitzender.

W. Kelpin, Schriftführer.

Ordentliche General-Versammlung

Orts-Krankenkasse der Dachdecker Berlins

am Freitag, den 16. November, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Feind, Weinstr. 11.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmern). 2. Wahl des Rechnungs-Prüfers. 3. Abänderung I. Kapitäl § 12. 4. Abänderung des § 18 (Erhöhung des Sterbegebüh.). 5. Abänderung des § 29. 6. Gehaltszulage des Rentanten. 7. Verschiedenes.

Hier die Delegierten haben zu dieser Verammlung Zutritt. Karte legitimiert. 10007b

G. Kvedd, 1. Vorsitzender.

Bergstr. 28, I.

Rum

selbst zu bereiten
Herstellungspreis Liter 1 Mk.
Rezept.

1 Orig. Flasche echte Jamaica-Rum-Basis für 75 Pf. 1 Liter Weingeist (Spiritus vini) zu 1.40 Mk. und 1 Liter Wasser.

Die Mischung ergibt einen feinen, kräftigen Rum von wunderbarem Aroma und köstlichem Geschmack, eine naturgetreue Wiedergabe des echten Jamaica-Rums mit den eigentümlichen Vorzügen und Merkmalen desselben, vorzugsweise geeignet zur Thee- und Crogbereitung.

Man prüfe selbst! — Ein Versuch wird es bewelsen!

Combiurierte

Original-Reichel-Essenzen

(gef. gesch.)

Allein echt! Keine Naturprodukte. Ab-Echt Original!

solit wchtrübend, zur Selbstbereitung v Cognac, Brantwein und Jämt. Liqueuren von wundervollem Aroma und köstlichem Geschmack.

Elte-7 Orig.-Fl. sortiert 4,50
Kollektion: 7 franco Deutschl.
Feinstier Weingeist Lit. 1.40 eff.

Zufrieden auch einzelner Flaschen frei Haus durch meine Gespanne! Versand gegen Vorkasse oder gegen Nachnahme. Einzige echt und garantiert nur in Originalflaschen mit meinem Namenszuge!

Otto Reichel,

Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.

Permp. IV. 3190.

Gedite Fabrik Deutschlands im Reich mit Kontinenten. Man verlange Prospekt mit wertvollen Rezepten kostenlos. Tausende ehrenvoller Anerkennungen!

Vorsicht

Verkaufsstellen für den Norden:
Aderstr. 69 bei W. Wohlgemuth;
Aderstr. 139 bei G. Zobel; Blumenstraße 41 bei C. Konne; Dammstr. 5 bei Hugo Lubowsky; Friedrichstr. 89 bei F. Sonnabend; Invalidenstr. 128 bei P. Würfling; Invalidenstr. 130 bei A. Buhr; Müllerstr. 40 bei F. Kröber; Pringelallee 29 bei Friedr. Thiele; Reinickendorferstr. 26a bei Paul Recollin; Reinickendorferstr. 56b bei G. Leising; Reinickendorferstr. 70 bei Paul Trapp; Reinickendorferstr. 55 bei Alex. Howitz; Weinbergweg bei W. Zarembo.

Vantow.
Hofstr. 35 bei C. Buchmann;
Bredstr. 65 bei R. Rosemann.

Reinickendorfer-Bez.
Schornweberstr. 117 bei A. Zobel.
Weitere Verkaufsstellen werden noch bekannt gegeben.

Kaffee! Kaffee!

Billigste Bezugsquelle für Röstkaffee. 5782L.
Hochoverzüg. in allen Preislagen von 80 Pf. bis 2 Mk. per Pfd.
bei F. Max Schmidt, Chausseestraße 5, genannt der Kaffee-Schmidt.

Säle Luisenst. Klubhaus

Annenstr. 10; (Zus. H. Gruppe) für Vereine, Hochzeiten u. Privat-Gesellschaften. Telefon Amt 7a No. 7301.

Als Beilage empfehlen sich
Ellenbeth Bratkov.
Karl Seifert. 1200

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.
Todesanzeige.

Am 10. November 1900, vormittags 9 Uhr, verstarb unser Mitglied, der Schnittarbeiter

Hermann Wolfram.

Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet am 13. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Eumans-Richthof in Brigg aus statt. 121/13

Rosa Maass, geb. Rosenbaum

im 66. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr auf dem Begräbnisplatz der jüdischen Gemeinde zu Weihensee statt.

In unglücklichem Schmerze
Heymann Maass, Gatte
Grete Maass, Kinder.
Benno Maass.

Dankjagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung der Frau Restaurateur Marie Lehmann.

Sagen allen Freunden und Bekannten allerorten Dank. 1904b

Die beliebten

Wohlfahrts-

Loose à Mk. 3.30 (Porto und Liste 30 Pf. extra)

zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete.
Ziehung 29. November u. folg. Tage zu Berlin.

16 870 Geldgewinne, zahlbar ohne Abzug im Betrage von Mk.

575,000

Haupt-Gewinn 100,000

Haupt-Gewinn 50,000

Haupt-Gewinn 25,000

Haupt-Gewinn 15,000

2 à 10 000 - 20 000

4 à 5 000 - 20 000

10 à 1 000 - 10 000

100 à 500 - 50 000

150 à 100 - 15 000

600 à 50 - 30 000

16000 à 15 240 000

Loosanzahl 100000. — Versand geg. Postanweisung oder Nachnahme durch General-Debit: Bankgeschäft

Lud. Müller & Co.

in Berlin, Breitestr. 5 und Hamburg, Nürnb., München.

Telegr.-Adr.: Glückwüller.



Sensationellerregend



sind die Preise im

Total-Ausverkauf wegen Geschäftsauflösung!

1 Posten Waschstoffe jetzt 24 Pf.
Cretonne, Zephyr u. Blaudruck

Korsettschnüre Stück 3 Pf.
Wäsche-Monogramme seid. Dtzd. gest. Meter

Pa. Hohlbandstäbe Dutz. 5 Pf.
Schwarze Haken u. Oesen Paket
Pa. Dockenzwirn Dutz.

1 Posten (zum Aussuchen) elegant. Ball-Handschuhe früher 80 Pf., jetzt 28 Pf.

1 Posten Damenhemden jetzt 60 Pf.
1 Posten Kaffeedecken

1 Posten farbige früher 1,10, jetzt 68 Pf.
Rockmoiré,

1 Posten Moiré und Tuchröcke jetzt 2.90

1 Posten (zum Aussuchen) eleg. Batist-Tändelschürzen 48 Pf.

1 Post. Dowlashemden jetzt 83 Pf.
1 Post. Bettlaken o. Naht

1 Posten doppeltbr. früher 80, 140, 175 schwerer engl. Kleiderstoffe jetzt 28, 60, 75 Pf.

1 Posten doppeltbr. früh. 1.75, 2.80 - 3.25 eleg. Fantasiesstoffe jetzt 80 u. 1.50

1 Posten: waschechte Tischdecken jetzt 88 Pf.

Ungeheure Mengen Reste in Kleiderstoffen, Seide, Leinen- und Baumwollwaaren, Barchend, Inlett, Handtuch etc. Zu jedem nur annehmbaren Preise.

Z. B. Kleiderstoff-Reste früher 6 - 7.85 8.50 u. 15.75 11.75 18.50 17.25 jetzt 2.40 3.80 u. 6.50 4.75 8.00 10.50 9.75 bis 13.00 Mk.

Kaufhaus M. Schneider Nachf., Berlin O., Alexanderstr. 14a, vis-à-vis der Blumenstraße, 9 Minuten von der Jannowitzbr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die Mitglieder des Wahlvereins werden ersucht, zu der heute stattfindenden Versammlung in Hellenbrand's Festsaal, Hafenside 52/53, recht zahlreich zu erscheinen.

Dritter Wahlkreis. Heute, Dienstagabend, spricht Genosse Schippel in der im Apollosaal, Sebastiansstr. 39, stattfindenden Wahlvereins-Versammlung über die Wandlung der deutschen Handelspolitik im 19. Jahrhundert.

Röpenitz. Am 15., 16. und 19. November finden die diesjährigen Stadtverordneten-Wahlen der dritten Abteilung statt. Es sind zu wählen: a) fünf Stadtverordnete auf 6 Jahre und ein Stadtverordneter auf 2 Jahre; davon müssen zwei Hausbesitzer sein; b) für die vom Ober-Verwaltungsgericht für ungültig erklärten Wahlen der bürgerlichen Vertreter vier Stadtverordnete auf 4 Jahre, davon müssen drei Hausbesitzer sein.

Nixdorf. Heute abend hält im Lokal von Landner, Bergstraße, der socialdemokratische Verein „Vorwärts“ seine Mitgliederversammlung ab. In derselben hält der Genosse Dr. K. Steiner einen Vortrag über: „Ernst Dacels Verhältnisse“.

Treptow-Baumshulweg. Der socialdemokratische Verein „Vorwärts“ hält seine die monatliche Versammlung schon morgen bei Richter, Ernst- und Varienbalkenstraße-Gde ab. Genosse Paul Jahn spricht über Humanität und Weltpolitik. Umentgeltliche Ausgabe der Parteitage-Protokolle in dieser Versammlung.

Friedrichshof. Dienstag bei Bube Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins. Wichtige Tagesordnung; außerdem Vortrag des Genossen Schubert aus Schöneberg.

Groß-Lichterfelde. Am Mittwochabend 8 Uhr findet in Hagelsaal, Hauptstr. 104, eine Mitgliederversammlung des socialdemokratischen Vereins statt. Stadtverordnete Nixdorf spricht über „Die Voraussetzungen des Socialismus“. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Kommunales.

Aus der Herberge des Obdachs.

Daß die Frequenz des städtischen Obdachs bereits im vorigen Jahr bedenklich zu steigen anfing, darauf haben wir damals und noch in den letzten Monaten wiederholt hingewiesen. Der jetzt vorliegende Bericht der Obdachverwaltung über das Jahr 1899/1900 verbreitet sich mit keinem Wort über die Ursachen dieser Erscheinung, ja sie wird darin gar nicht einmal erwähnt. Es werden lediglich die Frequenzzahlen mitgeteilt, die allerdings auch so eine hinreichend deutliche Sprache reden. Das Familienobdach nahm 1899/1900 (bez. 1898/99) 1229 (1155) Familien mit 4172 (3840) Köpfen und außerdem 2879 (2456) Einzelpersonen, also im ganzen 6551 (6290) Obdachlose auf. 252 (250) Familien sowie 510 (533) Einzelpersonen wurden in demselben Jahr 2 mal, 3 mal oder noch öfter aufgenommen. 269 (235) Familien bestanden aus Ehepartnern mit ihren Frauen und Kindern, 28 (46) aus Witwen mit Kindern, 462 (425) aus Ehefrauen mit Kindern (die Männer wurden hier nicht mit aufgenommen), 98 (94) aus Witwen oder geschiedenen Frauen mit Kindern, 69 (62) aus Männern mit Frauen ohne Kinder, 303 (293) aus Unverheirateten mit unehelichen Kindern. Unter den 828 (768) mitaufgenommenen Männern waren 348 (328) Arbeiter, 424 (387) Handwerker und Gehilfen, 24 (16) Kaufleute, 3 (2) Beamte, 29 (25) dienende Personen, unter 1724 (1787) männlichen Einzelpersonen waren 487 (531) Arbeiter, 955 (988) Handwerker und Gehilfen, 120 (147) Kaufleute, 34 (14) Beamte, 128 (145) Dienende, 3028 (2747) aller aufgenommenen waren in Berlin geboren. Im Kindesalter standen 2521 (2298) Aufgenommene, darunter waren 525 (485) Säuglinge, 1006 (928) Kinder von 1—6 Jahren, 990 (885) von 6—14 Jahren. Von den Säuglingen starben im Obdach 38 (21), darunter 20 (11) an Lebensschwäche. Das Familienobdach hatte im ganzen 114 132 (75 654) Verpflegungstage zu leisten. Im Jahresdurchschnitt waren täglich 313 (269) Personen zu verpflegen. Eine Betrachtung der Monatsdurchschnitte zeigt, wie der Andrang im Laufe des Verwaltungsjahrs 1899/1900 — allerdings unter mehrfachen Schwankungen — gewachsen ist. Der Durchschnitt der täglich zu verpflegenden Personen war 1899 im April 214, Mai 198, Juni 231, Juli 279, August 274, September 362, Oktober 343, November 306, Dezember 389, 1900 im Januar 384, Februar 362, März 395. Im Vorjahre war der Durchschnitt von April 1898 bis März 1899 nur von 183 auf 249 gestiegen. — Die Abteilung für männliche Obdachlose nahm 1899/1900 (bez. 1898/99) 359 590 (294 892) männliche Personen, darunter 45 (43) Knaben, 12 061 (11 377) weibliche, darunter 40 (46) Mädchen, überhaupt 371 651 (306 369) Personen auf. Die Frequenzsteigerung gegenüber dem Vorjahre beträgt hier über 21 Proz. Von den Monaten des letzten Jahres hatten den schwächsten Besuch der August 1899 mit 14 881 Personen, den stärksten der Januar 1900 mit 56 995. Die geringste Tagesfrequenz hatte der 8. August 1899 mit 340, die höchste der 25. Dezember 1899 mit 2064 Personen. Im ganzen ging die Frequenz an neun Tagen über 2000 hinaus (im Vorjahr an keinem Tage). Wiederholt aufweisend waren 854 951 (290 105) männliche, 11 671 (11 154) weibliche Personen, zum erstenmal 4639 (4887) männliche, 390 (223) weibliche, 1609 (3050) männliche und 72 (69) weibliche Besucher wurden wegen zu häufiger Inanspruchnahme des Obdachs dem Amtsanwalt zur Verstrafung übergeben. Der betrübliche Rückgang der Zahl der bestraften Männer erklärt sich daraus, daß im letzten Jahre in dieser Beziehung erkennbarerweise eine mildere Praxis bei der Obdachverwaltung Platz gegriffen hat.

Das gesamte unbewegliche Gemeindevermögen der Stadt Berlin betrug am 31. März 1899 395 011 024 M., das bewegliche Gemeindevermögen 182 411 326 M. Mitin betrug das gesamte Aktivvermögen der Stadt Berlin am 31. März 1899 577 422 350 M., das sind 8 738 064 M. mehr als im Jahr zuvor. Die Passiva beliefen sich am 31. März 1899 auf 287 589 737 M. Das Reinvermögen der Stadt Berlin belief sich am 31. März 1899 auf 289 834 223 M. und hat sich gegen das vorausgegangene Jahr um 414 585 M. vermindert.

Die Stadt Berlin hatte im Mittel des Etatsjahrs 1898/99 eine Bevölkerung von 1 788 638 Einwohnern einschließlich des Militärs. Sie hat sich vermehrt: gegen das Jahr 1897/98 um 44 348, gegen das Ergebnis der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 um 111 682 Bewohner.

Lokales.

In wenig Heilanstalten.

Amlichen Nachrichten zufolge sind in der ersten Hälfte dieses Jahres bei der Landes-Versicherungsanstalt Berlin 1691 Anträge auf Uebernahme des Heilverfahrens gestellt worden. Nur 745 Antragsteller konnten an Heilanstalten überwiesen werden, während 946 Kranke zurückgewiesen wurden. Also weit über die Hälfte jener kranken Proletarier und Proletarierinnen — es handelt sich zumeist um Lungenleidende — die sich in der Hoffnung, sachgemäße Pflege und Behandlung in einer Heilstätte zu finden, an die Landes-Versicherungsanstalt gewandt hatten, fanden keine Hilfe in ihrem Leiden. Und warum mußten allein in einem halben Jahre fast tausend Hilfesuchende abgewiesen werden? Abgesehen davon, daß ein Teil dieser Krankheitsfälle wohl keine Aussicht auf Heilung oder wesentliche Besserung mehr bieten mag, hat die Zurückweisung einer so großen Zahl von Patienten darin ihren Grund, daß wir nicht genug Heilstätten haben. Wissen doch selbst diejenigen Kranken, die in Behandlung genommen werden, monatelang warten, ehe sie Aufnahme finden, da alle Plätze, welche der Landesversicherungs-Anstalt in den Heilstätten zur Verfügung stehen, besetzt sind. Wird es besser werden, wenn erst die Heilstätte, welche die Berliner Versicherungsanstalt in Veetitz baut, fertig gestellt ist? Gewiß werden dann viel mehr Kranke aufgenommen finden als jetzt. Andererseits ist aber zu bedenken, daß es noch viel mehr heilungsbedürftige und auch heilungsfähige Versicherte giebt, als zur Zeit um Uebernahme des Heilverfahrens nachsuchen. Erstens ist es einem großen Teil der kranken Proletarier noch gar nicht bekannt, daß ihre Behandlung von der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt übernommen werden kann, und ferner können sich sehr viele kranke Familienväter nicht entschließen, monatelang in einer Heilanstalt zu weilen, da doch die Familie von dem geringen Krankengelde nicht leben kann. Ja, in vielen Fällen, wo die Krankheit schon längere Zeit andauert, hat der Patient überhaupt kein Krankengeld mehr zu beanspruchen. So fällt es dem Arbeiter, der im Dienste des Kapitalismus die tödliche Krankheit erworben hat, nicht selten so lange hin, bis Heilung überhaupt nicht mehr möglich ist. Die 946 hilfesuchenden Kranken, welche die Landes-Versicherungsanstalt Berlin in einem halben Jahre zurückgewiesen hat, bilden somit nur einen Teil der hilfsbedürftigen Versicherten. Diese Zahl stellt also bei weitem noch nicht die ganze Größe des Uebels dar, welches die Proletarierkrankheit in den Reihen der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen verursacht hat. Unter doch ist schon der Umstand, daß in einem christlichen Staate, in dem die sociale Fürsorge angeblich auf einer ungeahnten Höhe stehen soll, eine so große Zahl von Leidenden vergeblich Hilfe sucht, eine furchtbare Anklage gegen die heutige Gesellschaft. Man möge nicht einwenden, der Bau von Heilanstalten lasse sich nicht so schnell bewerkstelligen. Wenn Staat und Gemeinden sich verpflichtet fühlten, die Binderung des Proletariats, so weit es durch Krankheit, namentlich durch die Schwindlucht verursacht wird, nach Kräften zu betreiben, dann hätte in dieser Hinsicht schon viel mehr geschehen können. Es sei nur daran erinnert, wie schnell seiner Zeit die von privater Seite errichtete Lungenheilstätte am Grabowsee entstanden ist. Für derartige humanitäre Einrichtungen, die Kulturwerke im wahren Sinne des Wortes sind, hat der christliche Staat allerdings kaum Geld übrig. Wenn es aber gilt, neue Waffen zur Vertreibung von Pestheerden anzuschaffen, oder wenn die sogenannte europäische Kultur durch moderne Humensphären nach dem fernen Osten getragen werden soll, dann werfen wir Hunderte von Millionen hinaus, noch ehe sie von den unersetzten Faktoren bewilligt sind.

Ueber den Besuch der öffentlichen Spielplätze Berlins findet sich eine Angabe in dem jetzt erschienenen Bericht der allgemeinen Verwaltung des Magistrats im Jahre 1899/00. Die neun Spielplätze, die der Schuljugend zu Bewegungsspielen unter Aufsicht von Lehrern überlassen werden, wurden in den Sommermonaten des Schuljahres 1899/00 an den Mittwochs- und Sonnabendsnachmittagen von durchschnittlich jedesmal 2500 Gemeindegliedern besucht. Den stärksten Besuch hatten der Platz an der Wilmsstraße und der Exerzierplatz vor dem Schlessischen Thor, durchschnittlich jedesmal 471 bzw. 436 Anaben, den schwächsten der Platz an der Wiesen- und Panitzstraße, der Exerzierplatz hinter der Monnlafabrik in Moabit und der Exerzierplatz „Zur einhundert Roppel“ an der Schönhauser Allee, durchschnittlich jedesmal 160 bzw. 150 und 150 Knaben. Ueber die Schüler der höheren Lehranstalten, die erfahrungsgemäß in verhältnismäßig viel größerer Zahl an den Bewegungsspielen teilnehmen, macht der Bericht keine bestimmten Zahlenangaben.

Die Erteilung des Ehrenbürgerrechts an den zum 1. Januar d. J. aus dem städtischen Dienst ausscheidenden Stadtschulrat Dr. Bertram ist nur doch von den Stadtverordneten Dr. Birchow, Dr. Neumann und Dr. Langerhand und 80 andern Stadtverordneten beantragt worden!

Wer ist Normann? Diese Frage beschäftigte beinahe den Gerichtshof in der Sache Sternberg, als Herr v. Meerfeld-Hüllessem erklärte, daß er auf einen Brief eines anscheinend ihm unbekanntem Normann sich zu Schritten gegen den Kriminalschuttmann Stierstädter veranlaßt sah. Ist der Briefschreiber am Ende der berichtigte Normann-Schumann, der im Tausch-Prozess und auch sonst eine so zweideutige Rolle spielte? Dessen Handschrift ist Herr v. Meerfeld-Hüllessem aber doch sehr bekannt, und da Normann-Schumann bei der Kriminal- und politischen Polizei ein Hans Dampf in allen Gassen war, so ist sehr wahrscheinlich, daß er auch seine Finger in der Sternberg-Sache hatte. Legt der Gerichtshof auf die Feststellung der Persönlichkeit des Normann Gewicht, so könnte eine noch malige Befragung des Herrn v. Meerfeld-Hüllessem möglicherweise Aufklärung schaffen.

Ein weiser Rabe ist in einer Versammlung der Innerstädtischen schon angekommen. Heftige Auseinandersetzungen gab es nämlich in der letzten Versammlung des Bunds der Berliner Hausbesitzer, als dort die „Generalschulliste“ zur Debatte stand. Gegen die in der Versammlung laut werdenden Angriffe auf die Rieter trat ein Hausbesitzer Namens Rewes energisch auf. Er betonte u. a., daß das Geld für die schwarze Liste den Zweck vollständig verfehlt, und daß die Wohnungsnote zum Teil Schuld der Hausbesitzer sei. Es entstand eine große Unruhe in der Versammlung. Zwischenrufe aller Art ertönten, und der Redner wurde schließlich zur Ordnung gerufen. Der Antrag, eine Generalschulliste, welche die Namen sämtlicher nicht genehmigter Rieter enthalten soll, herzustellen und dafür 2000 M. auszuwerfen, wurde angenommen. An die Hausbesitzervereine der Vororte will man herangehen, um diese zum Anschluß an die Generalschulliste zu bewegen.

Also noch mehr Drangsalierungen sollen feige aus dem Hinterhalt an den Mietern verübt werden!

Die Kirchenwahlen haben vorgestern in Berlin stattgefunden. Der Beststand der beiden bürgerlichen Parteien — Sozialisten und Liberale — hat sich kaum verändert. Von den 34 Wahlen, worüber berichtet wird, sind 19 zu Gunsten der Sozialisten und 13 zu Gunsten der Liberalen ausgefallen. Ferner fand eine Kompromißwahl der beiden Parteien statt, endlich blieb in St. Simon durch den angemeldeten Protest die Wahl unentschieden. Es braucht wohl kaum hervorgehoben werden, daß die Arbeiterschaft Berlins keinerlei Anteil an den Wahlen nimmt.

Der Magistrat wird vorsichtig — nämlich der Großen Berliner Straßenbahn gegenüber. In der Vorlage, in welcher die

Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung zum Bau eines Anschlußgleises zwischen dem neuen Gefängnis an der Stadtbahn und den Straßenbahn-Gleisen in der Schilderstraße zwecks bequemeren Gefangenentransports nachgefragt wird, ist die besondere Bedingung vorbehalten worden, daß der Stadtgemeinde sowohl die unbeschränkte Mitbenutzung der neuen Gleisanlage, als auch — nach Wahl des Magistrats — das Recht des jederzeitigen entgeltlichen Erwerbs derselben gegen Zahlung der Herstellungskosten (bei Anschließung weiterer Mitbenutzung für den Gefangenentransport) eingeräumt werde. Die Stadtgemeinde hat beinahe in Aussicht genommen, eine eigene städtische Linie durch die Straße An der Stadtbahn zu führen.

Sind dazu die Soldaten da? Soldaten werden jetzt bei den Regulierungsarbeiten vor der im Rohbau nunmehr vollständig fertigen neuen Kaserne des Alexander-Regiments am Kupfergraben verwendet. Sie sind gemeinsam mit den Civilarbeitern bei der Aufschüttung des Bodens, der Herstellung der Bürgersteige sowie der Planierung des Exerzierplatzes thätig. Unter ihrer Beihilfe geht jetzt die Neuregulierung der Straße „Am Kupfergraben“, die ein gegen früher vollständiges Niveauverhältnis erhalten hat, ihrem Ende entgegen, so daß die Straße in kurzer Zeit dem Verkehr übergeben werden kann.

Man darf wohl fragen, ob die Soldaten zu diesem Zweck aus den Steuerrollen der Staatsbürger erhalten werden?

Ein nächtliches Drama. Ein lauter Wortwechsel erregte am Sonntag früh kurz nach 4 Uhr in der Gegend der Waldemarbrücke am Luisenstädtischen Kanal die Aufmerksamkeit der wenigen Passanten. Bald darauf rief ein Mann mehrmals hintereinander: „Hedwig! Hedwig!“ und fast im selben Augenblick schwang sich zwischen der Waldemar- und Königinbrücke vom Eisbahnufer eine Frauensperson über das Geländer und stürzte sich in den Kanal hinab. Ein Brückenaufseher, der den Vorgang sah, warf der Lebensmüden einen Rettungsbock zu, sie nahm ihn aber nicht an und ging unter. Schiffer von Ostfriesland, die in der Nähe vor Anker lagen, kamen mit ihren Booten zu Hilfe, aber es war schon zu spät. Die Untergegangene tauchte zwar bald wieder auf und es gelang auch, sie in ein Boot zu ziehen und zu landen. Als man aber auf der nahegelegenen Unfallstation III, wohin man sie auf einer Tragbahre brachte, um Wiederbelebungsbemühungen zu machen, mit ihr ankam, stellte sich heraus, daß sie schon tot war. Der Mann, der ihr nachgerufen hatte, war davon gegangen und ließ nichts mehr von sich hören.

Von der Universität. Auf die Vorstellungen des Präsidiums der Fintenschaft hat der Rektor Prof. Harnack sein Verbot des Auslassens der Berliner Hochschulleitung im Universitätsgebäude für das Winterhalbjahr zurückgezogen und für später die Bedingung gestellt, daß jedesmal zu Beginn jedes Halbjahrs die Genehmigung von neuem nachgefragt werde.

Das rücksichtslose Wegwerfen eines Obkretes hat gestern wieder einmal Unheil angerichtet. Das 20jährige Dienstmädchen Anna Hajsek, das am Alexanderufer Nr. 5 in Stellung ist, trat vor dem Hause Nr. 3 auf eine Dornschale, die jemand auf den Bürgersteig geworfen hatte, glitt aus, fiel hin und zog sich einen Unterarmbruch zu.

Der Wohnungsschwindler Willy Ede, der, wie wir gemeldet, eine große Anzahl Wohnungssuchender unter der Vorgabe, Hausbesitzerlohn und Hausverwalter zu sein und unter Vorlegung gefälschter Mietkontrakte um erhebliche Geldbeträge, die er sich als Anzahlungen auf gemietete Wohnungen bezahlen ließ, geprellt hatte, ist von der hiesigen Kriminalpolizei in Pantow festgenommen und nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit gebracht worden. Ede hat alsbald bei seiner ersten Vernehmung im Polizeipräsidium ein unvollständiges Geständnis abgelegt, in 25 Fällen Betrügereien verübt zu haben.

Zwei Revolverkämpfe feuerte, wie der Polizeibericht meldet, in der Schwedterstraße gestern nacht der Gerichtsassistent Fritz N. nach einem thätlichen Angriff auf einen Richter ohne jede Veranlassung ab, von denen der eine den Zimmerpolier August Bogel in den rechten Vorderarm und der andere den herbeigeeilten Schuttmann Braun an rechten Fuß traf. Die Verwundungen waren nur leicht. Der Thäter wurde verhaftet.

Vom Tanz in den Tod. Einen traurigen Abschluß fand gestern abend eine Festschicht, die der katholische Gesellenverein zum Besten seiner Waisenpflege in den Arminhallen in der Kommandantenstraße Nr. 20 veranstaltete. An dem Tanze, der dem Konzert folgte, nahm auch der Schloßergeselle Gerhard Wessel teil, ein junger Mann von 21 Jahren, der vor sieben Wochen aus Bessleben nach Berlin kam und im katholischen Gesellenheim in der Niederwallstr. 32 wohnte. Kurz nach 10 1/2 Uhr wurde Wessel bei einem Walzer unwohl. Nachdem er seine Dame zu ihrem Platz geleitet hatte, wollte er sich setzen, brach aber auf dem Stuhle zusammen und starb nach wenigen Minuten. Zwei Ärzte bemühten sich vergeblich, ihn ins Leben zurückzurufen. Das Fest wurde sofort abgebrochen und erschüttert traten die Teilnehmer den Heimweg an. Die Leiche wurde zur Feststellung der Todesursache nach dem Schanhouse gebracht. Wahrscheinlich ist der junge Mann einem Herzschlag erlegen.

Orgelkonzert. Der Orgelvortrag in der Marienkirche am Mittwoch, den 14. November, mittags 12 Uhr, bringt Orgelstücke, Quartette, Duette, Arien und Violinkonzertpositionen von Bach, Beethoven, Schumann, Chopin, Bruch und Liszt, ausgeführt von Fräulein Gertrud Kaufsch, Fräulein Dienes, Herrn Alex. Gurtz, Herrn Carl Knabe, Herrn Hans Buschmann, Violinist, Herrn Ad. Bolte und Herrn Musikdirektor Otto Dienes. Der Eintritt ist frei.

Im Pörsaal der Urania, Taubenstraße, wird heute, abends 8 Uhr, Herr Dr. Koh einen Vortrag halten „Wie soll man heizen?“ an interessanten Experimenten und an der Hand zahlreicher Lichtbilder wird Herr Dr. Koh auf die verschiedenen Heizmethoden und Materialien eingehen.

Nächsten Sonntag, den 18. November, findet im Schauspielhaus eine Matinee zu Gunsten der Unterstützungslasse des Vereins „Berliner Presse“ statt, bei welcher neben einer lange nicht mehr in Berlin gegebenen Operette von Offenbach und humoristischen Vorträgen eine der Hauptattraktionen der Pariser Weltausstellung, die Pantomime „la main“ von Vereni zur nur einmaligen Aufführung gelangen wird. Frau Frasch-Grabenberg, Herr Oberregisseur Max Grube und der Igl. Hofschauspieler Herr Stötter haben die drei Rollen dieses Melodramas übernommen. Wegen des Füllweltausfalls, des Beginns der Vorstellung usw. wird näheres noch bekannt gemacht werden.

Öffentliche Bibliothek und Leshalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. Berlin, Alexandrinenstr. 26, Gartenhaus. Geöffnet werktäglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—8 Uhr. Reichhaltige Bibliothek und nahezu 400 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung.

Das Carl Weich-Theater scheint jetzt den Puff-Stil kultivieren zu wollen, nachdem „Vorentwurf“ und „Weltstellungs-Abenteuer“ ihre dramatische Wirkung allgemach eingebüßt haben. In einem Schauspiel „Kaukreutz und Landfriedensbruch“ spielen wir das Wirken des „Großen Kurfürsten“ als Kriegshelden und Retter der bedrängten Engländer. Ein glänzender Ausbund und beherzt nämlich gegen seinen Landesherrn und entföhrt überdies mit Gewalt die Tochter des Köpenicker Bürgermeisters in seine starke Feste. Der Kurfürst belagert die Burg des Feindes, besiegt den Unhold nach allen Regeln höfischer Tapferkeit und befreit bei der Gelegenheit auch die holde Jungfrau, die derweil große Not hatte, ihre Tugend vor dem Kufturn des gräßlichen Entführers zu retten. Das Stück bot den ersten Kräften

des Carl-Weiß-Theaters reichlich Gelegenheit, im martialischen Kostüm ihre Talente zu entfalten. Auch der Direktor Weiß spielte die wirksame Rolle eines Obergefehlten und wurde selbstverständlich nach Gebühr mit Beifall überschüttet.

Feuerbericht. Bei einer Gasöfen-Explosion erheblich verletzt wurde Sonntagmorgen der Schriftfeger Bajer, Solmsstr. 30. Als er die Pompe füllen wollte, fing die Flüssigkeit Feuer und setzte das Bett in Brand. Außerdem erlitt Bajer im Gesicht und an den Händen Brandwunden, so daß er noch Auflegung eines Rotverbandes seitens der Samariter der Feuerwehrlösung in ärztliche Pflege begeben mußte. Das Feuer wurde von Nachbarn noch im Keim erstickt. Kurz darauf war Hietzenstr. 14 ein Kellerbrand abzulösen, der allerlei Hausgerät zerstörte. Wilmsstr. 80 brannten Kolonialwaren und Petroleum in einem Keller, und hatte die Wehr längere Zeit Wasser zu geben, um die Gefahr zu beseitigen. Zimmerbrände, die Möbel und Kleider beschädigten, riefen die Wehr nach Hietzenstr. 48 und Stallfärberstr. 62.

Aus den Nachbarorten.

Aus Weihensee wird uns berichtet: Sonnabendnachmittag 4 Uhr stürzte der Maurer Ludwig Harbach vom ersten Stock des Neubaus an der Falkenbergstraße in Weihensee ab. Er wurde in lebensgefährlichem Zustande nach dem neuen Kranenkaufhaus unseres Ortes gebracht. Einigen Kollegen, welche den Verunglückten bald nach der Entlieferung sprechen wollten, wurde bedeutet, daß solches unmöglich sei, doch erhielten sie die merkwürdige Versicherung, Harbach werde nach Hause kommen, wenn er seinen Rausch ausgeschlafen habe. Zur größten Verwunderung der Angehörigen wurde der Verunglückte in der That am selben Abend gegen neun Uhr auf einer Tragbahren in seine Wohnung gebracht. Ein Arzt, so wurde den Angehörigen bedeutet, brauche am Abend nicht mehr geholt zu werden, am Sonntagmorgen könne der Verletzte aber selber einen solchen auffuchen. Der augenscheinlich recht bedenkliche Zustand, in welchem sich Harbach befand, ließ seiner Frau aber keine Ruhe, sie ließ den Arzt Dr. Leiser holen, der den Verletzten eingehend untersuchte. Auf die Frage nach dem Zustand ihres Gatten erhielt Frau Harbach eine ausweichende Antwort von dem Arzt und die Versicherung, daß er am kommenden Morgen wieder vorprechen werde. Dies war nicht mehr nötig, denn nachts zwei Uhr war Harbach eine Leiche.

Ein Mordversuch ist in der Nacht zum Sonntag in Spandau ausgeführt worden. Der Führer Marzahn hat Arbeiten beim Bau des Abzugsgrabens der Charlottenburger Kleefeld übernommen und Sonnabendabend im Altendorfer Gasthof, der außerhalb der Stadt in den Weinbergen liegt, Lohn gezahlt. Unter den Gästen befand sich auch der Pächter Wuth aus Amalienhof, der mit ihm in Feindschaft lebt. Wuth verlor sich schon im Schanklokal mit Marzahn Streit anzufangen, es gelang ihm aber nicht und er entfernte sich dann. Als nun Marzahn gegen 12 Uhr nach dem Schwimmbad nach der Stadt antrat, stellte sich ihm Wuth, der ihm draußen aufgelauert hatte, auf der Landstraße entgegen und griff ihn an. Marzahn wehrte einen mit einem Knüttel gegen ihn geführten Dieb ab und entwand ihm dem Weg. Darauf schloß Wuth zweimal mit einem Revolver auf Marzahn und sprang dann zurück. Marzahn, der glücklicherweise nicht getroffen war, warf sich jetzt dem Angreifer entgegen, der ausrief: „Hier Schiffe habe ich noch drin. Du Hund, komm nicht ran.“ Unter dem Schuß der Dunkelheit ist Wuth dann verschwunden. In seiner Begleitung fand sich noch sein erwachsener Sohn, der abseits gestanden hatte.

Gefährdung eines Eisenbahn-Transports. Die Vereitelung eines Eisenbahn-Aktenfalls, das erste Folgen hätte zeitigen können, ist der Aufmerksamkeit eines Inspektors gelungen. Der Kleinbahnzug Nitzdorf-Mittenwalde hatte vorgestern morgen 8³⁰ die Station Selchow passiert, als der Zugführer Wachhaus an der nächsten Ghauffee-Überführung trotz des dichten Nebels ein Hindernis auf den Schienen bemerkte und sofort mit aller Energie die Bremse in Tätigkeit setzte. Trotzdem fuhr der Zug noch das Hindernis an, ohne jedoch Schaden zu nehmen. Die Untersuchung ergab, daß Eisenbahn-Rohlen quer über die Schienen gelegt und mit groben, schweren Holzsteinen beschwert worden waren; die Steine wurden durch den Schienenraum besetzt, eine Bohle wurde zerplittert. Es ist ungewiss, ob die Absicht vorgelegen hat, den Zug zur Entgleisung zu bringen. Die sofort durch den Amtsvorstand in Selchow angeordnete Untersuchung hat bisher den Täter nicht ermitteln können.

Unter dem Verdacht des Raubs und Mordversuchs wurde der Gärtnergehilfe B. aus Woltersdorf bei Ebneth festgenommen und dem Gerichtsgefängnis in Mittenwalde zugewiesen. Wie verlautet, soll der Verhaftete verheiratet sein. Ende vorigen Monats den Besitzer des Schützenhauses zu Kowitz-Neuendorf, Restaurantier Stegmann, während der Nachtzeit überfallen und durch mehrere Schüsse schwer verletzt zu haben. In dem Besitz des Verhafteten wurde ein Kniezerdolch nebst einer größeren Menge scharfer Patronen vorgefunden. Außer einigen Diebstählen wird dem Beschuldigten auch noch ein Heberfall auf eine Frau in der Nähe von Mittenwalde zur Last gelegt. Die Untersuchung dürfte das Weitere ergeben.

Auf eigenhändige Weise ist in Kowitz ein Schweine-dieb entdeckt worden. Sonnabendabend ward von dem Restaurateur Schuster in der Lindenstraße die Luitz bemerkt. Der Gauner wurde von einigen Leuten überfallen, als er mit seiner Beute den Wald erreicht hatte, wo er jedoch entflohen. Am nächsten Tage stellte sich das brave Tier von selber wieder vor dem Stall ein, wo man nunmehr die Militärpapiere und die Inventarliste des Diebes fand. Am nächsten Tage wurde der Mann verhaftet.

Gerihts-Beitung.

Ein „Satyr-Prozess“ vor dem Kammergericht. Nach § 58 Nr. 12 der Gewerbe-Ordnung sind vom Heilbieten im Umherziehen solche Druckschriften ausgeschlossen, die in sittlicher oder religiöser Beziehung Vergerben zu geben geeignet sind. Hierzu bestimmt § 56 ferner in seinem letzten Absatz: „Der Druckschriften, andre Schriften oder Bildwerke im Umherziehen selbst, hat ein Verzeichnis derselben der zuständigen Verwaltungs-Behörde seines Wohnorts zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung ist mir zu versagen, soweit das Verzeichnis Druckschriften u. d. vorbezeichneten Art enthält.“ Und endlich dürfen nach § 42a u. a. derartige vom Heilbieten im Umherziehen ausgeschlossene Druckschriften u. d. auch innerhalb des Gemeindebezirks des Wohnorts oder der gewöhnlichen Niederlassung von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Straßen und Plätzen nicht feilgeboten werden.

Gegen diese Bestimmungen sollte sich der Händler Pindus dadurch vergangen haben, daß er in der Friedrichstraße am 19. Februar 1900 die Nummer 19 des „Satyr“ selbst. Der Polizeipräsident von Berlin hatte nämlich diese Nummer der Zeitschrift wegen zweier Artikel für geeignet erklärt, in sittlicher Beziehung Vergerben zu erzeugen, und wollte deshalb nicht dulden, daß sie in den Straßen Berlins feilgeboten werde. Pindus rief die Gerichte an und erzielte in zweiter Instanz seine Freisprechung. Das Landgericht hatte den Inhalt des Blatts selber nachgeprüft und war zu der Ueberzeugung gekommen, daß die beanstandeten Artikel die Sittlichkeit nicht gefährdeten. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, das Gericht sei mit der selbständigen Prüfung und Beurteilung des Inhalts der Druckschrift über seine Befugnisse hinausgegangen. Die Frage, ob diese Nummer des „Satyr“ in sittlicher Beziehung Vergerben zu erzeugen geeignet sei, wäre lediglich von der Verwaltungsbehörde zu entscheiden gewesen. Der Oberstaatsanwalt schloß sich dem an.

Der Strafenrat des Kammergerichts verwarf aber die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Das Landgericht habe mit Recht den Inhalt nachgeprüft und sei nicht an die Auffassung des Herrn Polizeipräsidenten gebunden gewesen. Denn die Bestimmungen im Schlusabsatz des § 56 der Gewerbe-Ordnung betreffend das Schriftverbot und die Genehmigung durch die Verwaltungsbehörde seien nur anzuwenden auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen, nicht aber auf das öffentliche Heilbieten oder das Heilbieten von Haus zu Haus im Gemeindebezirk des Wohnorts oder der gewöhnlichen Niederlassung des Betroffenen. In den letzteren Fällen habe bei Anwendung des § 42a und der entsprechenden Strafbestimmungen der Richter das Recht weitgehender Nachprüfung und selbständiger Beurteilung des Inhalts. Da nun das Landgericht selbständig festgestellt habe, daß die Nummer 19 des „Satyr“ die Sittlichkeit nicht bedroht habe, so spreitere die Revision an den tatsächlichen Feststellungen.

Eine wichtige Entscheidung hat das Hanseatische Ober-Landgericht zu Hamburg in dem bekannten Postassistenten-Prozess gefällt. Der vierte Civilsenat des hanseatischen Ober-Landgerichts verurteilte gestern im Prozeß der Post- und Telegraphenassistenten gegen den Reichs-Postfiskus wegen Nachzahlung des während der Probezeit zu wenig gezahlten Gehalts folgenden Urteilspruch: Der Reichs-Postfiskus hat den Klägern den eingeklagten Betrag zu zahlen nebst 6 Proz. bezw. 4 Proz. Zinsen seit 1900. Außerdem hat der Reichs-Postfiskus die Kosten zu tragen.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein der Dienstherrschäften und Dienstangestellten, der vor kurzem gegründet worden ist, hatte am Freitag im Friedrichs-städtischen Kasino zum erstenmal eine öffentliche Versammlung für Hausfrauen und Dienende veranstaltet. Erschienen waren bürgerliche Frauen und Dienstmädchen in annähernd gleich großer Zahl. Die Versammlung war gerade nicht sonderlich stark besucht, es mögen wohl in der Mehrzahl Vereinsmitglieder zur Stelle gewesen sein. Frau Sera Präß, die das einleitende Referat hielt, vertrat die Ansicht, daß die Dienstbotenbewegung mehr vom Standpunkt der Frauenbewegung, als von dem der Lohnarbeiterbewegung behandelt werden müsse. Sie hält eine höhere Wertschätzung der häuslichen Frauenarbeit, sowie Hebung des Bildungsstandes der Dienstmädchen und Verbreitung sozialen Denkens unter den Hausfrauen für die notwendige Voraussetzung der Besserung des Loses der Dienenden. Mein Ideal — so schloß die Vortragende — ist eine Häuslichkeit, in der die gebildete Hausfrau als Regentin walte, und ihr zur Seite als treue Gefährtin die gebildete Angestellte. — Der zweite Referent, Herr v. Gerlach, leuchtete die Notwendigkeit der Dienstangestellten unter der Herrschaft der Gefinde-Ordnung. Er machte den Vorschlag, daß eine gemeinsame Deputation von Hausfrauen und Dienstangestellten beim Minister des Innern wegen Abschaffung der Gefinde-Ordnung vorzustellen werden möge. Die nächste Forderung der Dienenden — ein halber freier Tag in jeder Woche — sei so maßvoll, daß jede sozial denkende Hausfrau dieselbe unterstützen möchte. Wenn die Hausfrauen sich an dieser Bewegung nicht beteiligen, dann könnte sie leicht werden, was sie nicht werden sollte: ein Klassenkampf. Die Hausfrauen sollten deshalb helfen, daß an die Stelle des Gefinde-Ordnungs-Unrechts das Recht der Gewerbe-Ordnung trete. — In der Diskussion sprach Fräulein Rau, die Vertreterin eines Vereins, der nur weibliche Dienstangestellte aufnimmt, gegen die Beteiligung der Herrschäften. Nachdem noch mehrere Redner und Rednerinnen sich über die Dienstbotensfrage im allgemeinen ausgesprochen hatten, nahm Frau Präß das Wort. Sie sagte, ein Zusammengehen der Herrschäften mit den Angestellten sei nicht bedenklich. Sie nehme an, daß die Angestellten, die natürlich die beruflichen Vertreter ihrer eignen Interessen seien, die Mehrheit im Verein bilden, und je größer deren Zahl sei, um so weniger würde ein etwaiger Versuch der Hausfrauen, den Interessen der Angestellten entgegenzuwirken, ausfallen können. Im weiteren vertrat die Rednerin ebenso sachlich wie entschieden den Standpunkt, daß die Dienstbotenbewegung nicht als Frauenbewegung aufzufassen sei, sondern als ein Teil der Arbeiterbewegung angesehen werden müsse, da die Interessen der Hausangestellten hand in Hand gehen mit den Interessen der Lohnarbeiter. Dem Vorschlage des Herrn v. Gerlach, eine gemeinsame Deputation zum Minister zu senden, stimmte die Rednerin nicht zu. Die Angestellten selber müssen ihre Rechte fordern, nur durch sie selber könne ihre Vertretung erfolgen. — Nachdem Herr v. Gerlach hierauf erwidert hatte, daß er sich gerade davon, daß auch die Hausfrauen die Abschaffung der Gefinde-Ordnung fordern, eine gute Wirkung verspreche, bemerkte der Leiter der Versammlung, Herr Weinhausen, der Vereinsvorstand werde zu dem Vorschlag des Herrn v. Gerlach Stellung nehmen.

Vermischtes.

Das Eisenbahn-Unglück bei Offenbach beschäftigt die Öffentlichkeit noch lebhaft. Schwere Vorwürfe, die nur zu berechtigt sein mögen, werden namentlich in solchen Blättern erhoben, deren Leserschaft sich den Luxus einer Fahrt in D-Zügen leisten kann und die daher an einer Beseitigung der vorhandenen Uebel besonders interessiert sind. So gern wir die erhobenen Klagen nachdrücklich unterstützen, liegt uns bei dieser Gelegenheit doch die Pflicht ob, überdies darauf hinzuweisen, daß die Bauart der Wagen viertes Klasse, die bekanntlich nicht entfernt so solide ist, wie die der schweren Durchgangswagen, ein ähnliches Unglück wie das Offenbacher nur zu leicht ermöglicht und daß in Bezug auf diese Wagen ebenfalls der Sparpolitik untrer Eisenbahnverwaltung ein entschiedenes Halt geboten werden muß.

Die Zahl der Opfer bei der Eisenbahnkatastrophe wächst leider noch immer. Wie mitgeteilt wird, hat der Köhler des Speisewagens, welcher sich in dem verunglückten Zuge befand, folgendes beklundet: Er habe den sämtlichen Verbrannten eine halbe Stunde vor der Katastrophe das Souper im Speisewagen serviert, und er wisse daher, daß sich kurz vor dem Unglück noch vier Russen in dem Speisewagen befunden hätten; drei von diesen hätten sich nach dem Essen bereits nach dem letzten Wagen begeben, während der vierte, ein älterer Herr, im Begriff war, dies zu thun, und bis in den vorletzten Wagen gekommen war, als der Zusammenstoß erfolgte. Die drei Russen, die bereits im letzten Wagen waren, sind sämtlich verbrannt; es sind also mindestens dreizehn Tote.

Eine sehr lebendige Schilderung des schrecklichen Unfalls, aus der zugleich die eigentliche Ursache klar hervorgeht, hat Herr A. R. Ratz, Besitzer einer Frankfurter Großweinhandlung, geliefert. Dieser einzige gerettete Insasse des letzten Wagens in dem verunglückten D-Zuge schreibt:

„Ich kam von einer längeren Reise aus Schweden zurück und war einige Nächte durchgereist, um rasch nach Frankfurt zurückzukommen. Durch die lange Reise ruhelos geworden, verließ ich meinen Platz und ging, die Reisetasche in der Hand, in den Korridor, gleichzeitig in der Absicht, bei der baldigen Ankunft in Frankfurt so schnell wie möglich aus dem Wagen herauszukommen, um meine auf dem Bahnhof mich erwartende Frau möglichst rasch begrüßen zu können. Mit mir hielt sich ein Schaffner in dem Korridor auf. Wir gingen eben auf die Glas-thüre zu, die den Abbruch des D-Wagens am hinteren Ausgange bildet, als plötzlich der vor mir gehende Schaffner sich totendlichs umwandte — ich werde das Gesicht in meinem Leben nicht vergessen — und mir rief: „Am Gottes willen, der Zug fährt auf uns!“ Ich sah noch die beiden hell leuchtenden Laternen des heranbrausenden Zugs — der Nebel war also doch nicht so sehr dicht — im nächsten Augenblick schon erfolgte ein donnerndes Krachen, unser Wagen in zwei Teile geteilt, die

Maschine sah zwischen ihnen fest. Mein Blick war mein Aufenthalt im Korridor, die Maschine hatte ihn abgeplittert. Ich stürzte zuerst hinunter unter die Krümmer, neben mir die Räder der furchenden Maschine, auf mir der Schaffner, der sich nicht rührte. Im Augenblick, als es hinunterging, sagte ich mir: „Du siehst Deine Frau nie wieder!“ Als ich aber bei den Verletzungen, mich zu bewegen, die Bemerkung machte, daß ich wohl das eine Bein gebrochen hatte, sonst aber nicht behindert war, außer durch den noch immer sich nicht regenden Schaffner, erwachte sofort die Thätigkeit wieder in mir. Ich hob den Schaffner mit in die Höhe, um mich zu befreien, was mir endlich gelang. Inzwischen war die Explosion erfolgt, mit Uligeschwindigkeit standen die beiden letzten Wagen in Flammen und nun galt es nochmals um das Leben. Als Turner hatte ich vielmal das Heilblumen geübt, es half mir, trotz des verletzten Beins. Ich schwang mich auf den noch stehenden Teil des Wagens und sprang zum Fenster hinaus, fiel auf die Böschung und kletterte über den eisernen Stadelpfosten, um mich vor den immer mehr überhand nehmenden Flammen zu retten. Dort blieb ich im nassen Feld liegen. Ein Herr, den ich um Hilfe bat, leistete mir keine, er war wohl durch den Schreck so bestürzt, daß er gänzlich geistesabwesend, mich gar nicht ansah, sondern sich nur damit beschäftigte, sein Plaid wiederholt zusammenzu- und aufzuliegen. Von den schrecklichen Szenen, die sich auf der andren Seite des Wagens abspielten, habe ich nichts gesehen, ich hörte nur das Jammergehräusch der dem Tode verfallenen Passagiere. Endlich, nach einer halben Stunde, kamen auf mein Hilferufen zwei Schweden, Vater und Sohn, die mir Lächer gaben, um das aus meinen, wie sich später herausstellte, glücklicherweise nicht bedeutenden Kopfwunden herauslaufende Blut einigermäßen zu stillen. Niemand vom Juggpersonal, das sonst doch keinem zu helfen hatte, kümmerte sich um mich, erst andre, inzwischen herbeigeholte Personen nahmen sich meiner an und brachten mich in den Gepäckwagen. Auch hier wurde niemand vom Juggpersonal, das ganz den Kopf verloren hatte, daß in dem Wagen Verbandskasten vorhanden sind, und so mußte ich — wie leicht hätte ich verbluten können! — liegen, bis der Offenbacher Bahnarzt kam, der sich in liebevoller Weise meiner annahm und mich nach Frankfurt begleitete, wo wir gegen 12 Uhr anlangen.“

Offiziös wird konstatiert, daß keinen der beteiligten Beamten eine Schuld an dem Unglück trifft. Dann teilen die „Berl. Polit. Nachr.“ mit, daß die Behauptung, daß der Gasbehälter an dem Unglückswagen explodiert sei, nicht zutrefte. Vielmehr sei in diesen Behälter von der Lokomotive des Personenzugs ein Loch gestochen worden, durch welches das unter 6 Atmosphären Druck gehaltene Gas alsbald mit Gewalt entzündete, sich an der Lokomotive entzündete und in wenigen Minuten den betreffenden Wagen gänzlich ausbrannte.

Kann daß das Offenbacher Eisenbahnunglück vorüber, hat sich schon wieder ein furchtbarer Unfall ereignet, über den aus Krefeld folgendes berichtet wird: Auf der im Bau begriffenen Bahnhofs-Kalenderkirche-Brücken führte, wie der „Niederrheinisch. Volkszeitung“ gemeldet wird, heute früh infolge einer Erd-rutschung ein Arbeitertransportzug, als er an einer Sandgrube vorbeifuhr, um sechs Arbeiter kamen ums Leben, mehrere erlitten Verletzungen.

Ein schweres Eisenbahnunglück wird aus Frankreich gemeldet: Auf dem Bahnhof von Chosh-le-Roy (Departement Seine-et-Marne) stieß am Sonntag ein nach Nantes gehender Schnellzug mit einem Lokolzug zusammen. Acht Personen, darunter der Zugführer und der Heizer, sind tot, 18 sind verwundet. Die Lokomotive des Schnellzugs stürzte um, mehrere Eisenbahnwagen sind zerstört und das Geleise ist gesperrt. Sechs Leichen wurden heute Nachmittag nach Paris gebracht. Der Zusammenstoß scheint durch ein solches Signal herbeigeführt zu sein. Der Minister der öffentlichen Arbeiten ist nach der Unglücksstelle abgereist.

Ein feiner Tropfen! Aus Paris wird der Chemiker-Zeitung berichtet: Demnach beginnt ein großer Prozeß, der den Weinproduzenten D. betrifft, der Jahre hindurch außerordentlich große Quantitäten gefälschter Weine dem Konsum zuführte. Er wendete große Kellereikosten auf, um als „Naturwein“ zum Preise von 85 Fr. angeblich eine Qualität abzugeben, die von realen Weinhändlern nicht unter 105 Fr. abgegeben werden konnte. Es ist erwiesen, daß D. täglich 250 Hektoliter seines Kunstprodukts als Naturwein abgabte. Das städtische Laboratorium entnahm etwa 2000 Proben bei dem „Weinfabrikanten“ in seinen Magazinen sowie bei seinen Kunden, Weinhändlern und Privaten. Das Ergebnis aller in dem Laboratorium ausgeführten Analysen war folgendes: Alle von D. unter dem Namen „Naturwein“ verlaufene Sorten sind gefälscht. Ihre Herstellungsweise ist folgende: Eine gewisse Quantität von Preßsüßholzwasser, die für den menschlichen Konsum absolut unzulässig ist, wird mit einer ganz geringen Menge eines Naturweins gemischt, um den Geschmack zu imitieren. Es werden sodann bis zu 40 Prozent Wasser zugelegt. Die bei der Analyse gefundenen Mengen von Pottasche, Kalk und Natrium werden zugelegt, um dem Gemenge die widerliche Säure verdorbener Weinsorten zu benehmen. Die Rekonstitution wird durch den großen Wasserzuzug zu schwach gewordenen Flüssigkeit durch mittels Weinsäure, Citronensäure und Phosphorsäure bewirkt. Auch schweflige Säure konnte darin nachgewiesen werden, sowie in einzelnen Fällen Tannin und sogar künstliche Weiseneffizienz!

Der Dampfer „City of Newcastle“, von Harwich (Reu-Schottland) nach Halifax unterwegs, ist in der Fumby-Bai gesunken; 40 Personen sind ertrunken.

In der Provinz Oran sind wolkbruchartige Regengüsse niedergegangen. Mehrere Frauen und Kinder sind in der Gegend von Mascara ertrunken. In Tunis ist die Eisenbahnverbindung bei Biserta unterbrochen.

Marktpreise von Berlin am 10. November 1900
nach Ermittlungen des hies. Polizeipräsidenten.

Ware	Einheit	Preis	Ware	Einheit	Preis	
Weizen, gut	D. Str.	—	Kartoffeln, neue, D. Str.	6—	4—	
„ mittel	„	—	Mehl, feinst, 1 kg	1,00	1,20	
„ gering	„	—	„ do. Haus	1,30	1—	
*) Roggen, gut	14,50	14,47	Schweinefleisch	1,80	1,10	
„ mittel	14,44	14,41	Rindfleisch	1,80	1—	
„ gering	14,28	14,25	Hammelfleisch	1,80	1—	
*) Butter, gut	15,40	14,70	Butter	2,80	2—	
„ mittel	14,60	14—	Eier	60 Stk	4,80	3—
„ gering	13,90	13,30	Rapsen	1 kg	2,20	1,20
*) Hafer, gut	15,20	15,20	Wale	—	2,50	1,40
„ mittel	15,10	14,20	Rauber	—	2,60	1—
„ gering	14,10	13,20	Rehle	—	1,80	1—
Maisstroh	7,10	6,82	Barische	—	1,60	1—
Heu	7,60	8—	Schleie	—	3—	1,20
Kraut	40—	20—	Bleie	—	1,40	0,80
Heizkohlen	50—	20—	Krebse	per Schot	12—	2,50
Vin	70—	30—				

*) ab Bahn und frei Haus.
*) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 10. November. Der Getreidemarkt verkehrte in fester Haltung. Infolge der rauheren Witterung machte sich regerer Warebegehrt der schwacher Zufuhr bemerkbar. Weiterhin trat noch größere Knappheit hervor auf höhere nordamerikanische Weizenpreise. Die russischen Lieferungsverträge waren heute weniger dringlich. Die Weizenpreise für Weizen nortener durchschnittlich 1,25, für Roggen 0,75 Fr. höher. Daher war wenig verändert. Wädel auf Realisationen 0,20 Fr. nachlassen, da Paris verstimmt.

Espirino. 70er Cocospirino 46,10, mitteln 0,10 Fr. niedriger.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkette habet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends halt.
Nr. 6. 78. Der Herr Beaulieu, „Die chinesische Frage“, Leipzig bei Wigand.
Z. 26. Wenden Sie sich an Karl Nöhle, Plantagenstr. 10, Keller.
R. Sch., Weinstraße. Leider nicht frei.